

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



**Belästigt: Drei Stiftinnen schildern den Horror.** Seite 2

**Martullos  
Märchenstunde**

Kündigungsinitiative:  
Die Fake-News der  
SVP-Spitze. Seite 5



**Büezer zwingen  
XPO in die Knie**

Chauffeure erstreiken  
Abfindungen. Seite 3

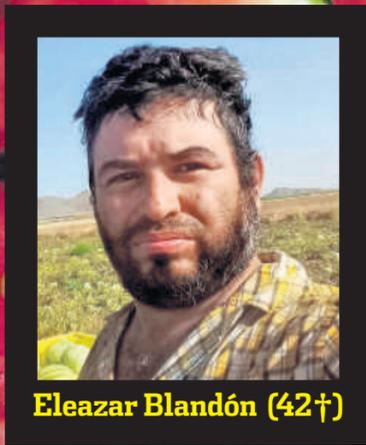
**Corona-Schock  
in der Industrie**

Es droht der grösste  
Crash seit 1929. Seite 9

**Liste  
der  
Schande**

Welche Länder die  
Gewerkschaftsrechte  
am schlimmsten mit  
Füssen treten. Und  
wo die Schweiz steht.

Seiten 10-11



Eleazar Blandón (42†)

# Tod

**eines Erntehelfers**

Er suchte Arbeit auf Spaniens  
Plantagen und fand den Hitzetod.

Seite 7



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## DER KLEINE UNTERSCHIED

Insel der Glückseligen, rundherum von Bergen geschützt. Eine Trutzburg. Eine Willensnation. Die Schweizerinnen und Schweizer freiheitsliebend, sauber, geschäftig, sparsam und einzigartig. Der Sonderfall Schweiz eben. Dabei sind die Berge gar nicht um die Schweiz herum. Sondern die Schweiz um die Berge herum. Darauf verwies kürzlich Germanist und Professor Peter von Matt in einem Interview mit der NZZ

### Die Schweiz war und ist kein Sonderfall.

Der kleine Unterschied und seine grossen Folgen: so leichtfüssig kann man einen Mythos knacken, wenn man von Matt heisst.

**SCHWEXIT.** Seit Jahrhunderten operieren die Rechten mit dem Sonderfall Schweiz. Aktuell auch wieder einmal die SVP in ihrer Abstimmungskampagne für ihre Kündigungsinitiative. 50 Jahre nach der Schwarzenbach-Initiative will die Blocher-Partei den Schwexit: weg von der Personenfreizügigkeit und zurück zur Barackenschweiz vor 2002. Damals regelte das Saisonierstatut die Einwanderung. Die Saisoniers kamen und chrampfen – dann stellte man sie wieder raus. Viele hausten zu dritt oder zu viert in schäbigen Barackenzimmern. Sie durften ihre Stelle nicht wechseln. Ihre Familien nicht nachziehen. Und mussten ihre verängstigten Kinder verstecken.

SVP-Kronprinzessin Magdalena Martullo-Blocher schwärmt jetzt von diesen Zeiten. Sie sagt: «Wenn Tiefqualifizierte damals arbeitslos wurden, kehrten sie in ihre Heimat zurück, und wir mussten nichts bezahlen.» Lohn-drückerei, das gefällt der Ems-Milliardärin und ihrer Millionärspartei natürlich. Dann springt obadürä mee usä. Und obwohl der Lohndruck damals auch das Lohnniveau der Schweizerinnen und Schweizer zünftig senkte, wird die Blocher-Tochter nicht müde, ihre Kündigungsinitiative als prima Sache für die Schweizer Lohnabhängigen zu preisen. work-Autor Clemens Studer hat sich die Märchenstunde mit Martullo-Blocher & Co. genau angeschaut und entlarvt die frechsten SVP-Lügen (Seite 5). Sein Fazit: Die sogenannte «Begrenzungsinitiative» ist in Tat und Wahrheit ein Frontalangriff auf die Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmenden in der Schweiz.

**CORONA.** Die Schweiz war und ist kein Sonderfall. Das führt uns auch Corona dramatisch vor Augen: vor dem Virus schützen uns weder Alpen noch Grenzen. Wir sind nur eines von vielen coronageschüttelten Ländern in Europa. Oder wie es ebenfalls Peter von Matt sagt: «Corona ist der drastische Gegenbeweis zu diesem tollen Phantasma, wonach das Land etwas ist, das es sonst nicht gibt.»

am Sonntag. Er ist 83 und einer der letzten altmodischen, da pointierten Intellektuellen der Schweiz.

# Sexuelle Belästigung in der Lehre: Drei Frauen erlebten den Horror «Er band mich an einen Stuhl fest»



AUCH ICH! Junge Frauen demonstrieren gegen Diskriminierung und sexuelle Gewalt. FOTO: KEYSTONE

**Zwei Drittel aller Jugendlichen erleben in der Lehre Belästigung oder sexuelle Gewalt. Auch, weil Verantwortliche im Betrieb, in der Berufsschule und bei den Behörden gar nicht oder zu wenig eingreifen. Wie im Fall von Sarah, Michelle und Lea\*.**

### Sarah\* (18): «Er hat mich vergewaltigt»

«Bei der Arbeit war alles in Ordnung, aber in meiner Klasse war ein Typ, der viel älter war als ich. Er stellte mir im Klassenchat sexuelle Fragen. Etwa, ob ich schon einmal einen Orgasmus gehabt hätte. Er fing an, mich anzufassen, wenn ich im Fitnessstudio war. Wenn ich mir die Schuhe band oder wenn ich aufs Velo stieg. Ich dachte, es würde vorübergehen, dass er einfach wieder aufhören würde. Ich hatte das Gefühl, dass mir niemand glauben würde, wenn ich etwas sage.»

Nach vier Monaten erzählte ich es meinem Ausbilder, dann dem Schulleiter. Der rief den Mann an und konfrontierte ihn. Er entschuldigte sich. Das war alles. Ich wurde gefragt, ob ich eine Klage einreichen wolle. Ich tat es nicht, weil meine Eltern mich nicht unterstützten. Sie sagten, ich würde das Ganze erfinden.

Drei Monate blieb es ruhig. Aber dann fing er wieder an. Er kam in die Toilette und fasste mich an. Das ging über ein, zwei Monate so. Dann verge-

waltigte er mich. Ich wollte es meinen Eltern erzählen, aber ich konnte nicht. Dank meinem Ausbilder schaffte ich es schliesslich, Anzeige zu erstatten. Danach behauptete der Schulleiter, er habe damals etwas unternommen, nachdem ich zu ihm gekommen war. Er habe mich immer wieder gefragt, wie es mir gehe. Das stimmt nicht. Ich bin ihm nie mehr begegnet.»

### Michelle\* (21): «Alle fanden das ganz normal»

«Ich war ein bisschen älter als 15. Er war ein leitender Angestellter. Er machte dauernd Kommentare. Über meinen Körper und dass er mein Höschchen durch die Kleidung sehen könne. Er versuchte, mich zu sich nach Hause einzuladen. Seine Frau sei nicht da.»

Mein Ausbilder fand, das seien doch nur Witze. Ich sollte mir keine Sorgen machen. Alle in der Firma taten so, als wäre das ganz normal. Sogar meine Eltern meinten, dass er doch nur reden würde.

Eines Morgens war ich allein im Büro. Er band mich an einen Stuhl fest. Danach habe ich alles getan, um ihm aus dem Weg zu gehen. Es kam zwar ein Kontrolleur von der Lehrlingsaufsicht vorbei. Aber die beiden kannten sich. Also passierte nichts.

Irgendwann wurde er entlassen, aus einem anderen Grund. Später kam die ganze Geschichte aber doch noch vor Gericht. Er hatte in seinem neuen Job eine Frau angefasst. Die

Firma kontaktierte deshalb seine ehemaligen Arbeitskolleginnen. Auch mich. Ich habe ausgesagt. Ich wollte andere schützen.»

### Lea\* (23): «Sie haben mir nicht geglaubt»

«Ich war 19 und habe bei einem Temporärbüro gearbeitet. Am Anfang lief es sehr gut. Dann gingen zwei neue Kollegen bei uns an. Einer von ihnen fasste mir an den Hintern. Und plötzlich tat es jeder. Am 9. Februar 2018 hatte ich dann ein Treffen mit meinem Chef. Er sagte mir: «Du bist so hübsch, jeder will mit dir ficken.» Ich meldete mich bei der Lehrlingsaufsicht. Sie kamen zwar vorbei und machten eine Kontrolle, aber sie glaubten mir nicht. Vielen Lernenden wird in einer solchen Situation nicht geglaubt.»

Ich bekam keine Hilfe. Als ich zu einem anderen Betrieb wechselte, rief mich mein Ex-Chef immer wieder an. Ich habe seine Nummer erkannt und nie geantwortet. Aber einmal, als ich am Freitag alleine im Büro war, ging ich nach draussen, um eine Zigarette zu rauchen. Und da wartete er vor dem Gebäude auf mich. Dabei arbeitete ich in einer anderen Stadt! Ich fühlte mich nicht mehr sicher.

Bis heute weiss ich nicht, was ich tun soll. Die Kontrollen versagen. Mein Ex-Chef hat sich ein Imperium geschaffen. Und er beschäftigt immer noch 15jährige Lernende, alles Mädchen.»

AUFGEZEICHNET VON AUDE SPANG  
REDAKTION: PATRICIA D'INCAU

## UNIA-UMFRAGE: TABU-THEMA

80 Prozent aller befragten jungen Frauen und 48 Prozent der Männer wurden in der Lehre Opfer von sexueller Belästigung oder Gewalt. Das zeigte eine Umfrage der Unia-Jugend, die letztes Jahr durchgeführt wurde und an der rund 800 Jugendliche aus der ganzen Schweiz teilgenommen haben. Darunter Sarah, Michelle und Lea (siehe links). Sie haben Unia-Jugendsekretärin Aude Spang ihre Geschichten erzählt.

**PFLICHTSTOFF.** Für Spang ist klar: «Das darf kein Tabuthema mehr sein. Die Betriebe müssen ihre Pflicht ernst nehmen und Lehrlinge vor sexueller Belästigung schützen. Es braucht Reglemente, Massnahmen und Anlaufstellen für die Jugendlichen.» (pdi)

[www.belaestigung-in-der-lehre.ch](http://www.belaestigung-in-der-lehre.ch)

## Neue Online-Plattform hilft

**Zwei Online-Plattformen bieten schnellen Rat bei sexueller Belästigung am Arbeitsplatz.**

Sexistische Sprüche, abwertende Bemerkungen und sogar sexuelle Gewalt gehören für Stifftinnen und Stifte in der Schweiz oft zum Alltag. Die Unia-Jugend geht jetzt dagegen vor: Mit der Plattform [www.belaestigung-in-der-lehre.ch](http://www.belaestigung-in-der-lehre.ch) fordert sie Betriebe, Berufsschulen und Berufsbildungsämter dazu auf, endlich Massnahmen zu ergreifen, um betroffene Jugendliche zu schützen. vielerorts

ist nämlich noch nicht einmal angekommen, dass über sexuelle Belästigung gesprochen werden muss. Was gegen sexuelle Belästigung zu tun ist und wo sie sich als Betroffene melden können: das lernen die Jugendlichen nicht. (work berichtete: [rebrand.ly/betscht-und-bleod-angemacht](http://rebrand.ly/betscht-und-bleod-angemacht)). Die Unia-Jugend verlangt deshalb mehr Prävention, die Einführung von verbindlichen Reglementen und griffige Kontrollen.

**ANGST NEHMEN.** Auch für die Betroffenen selbst gibt es online Hilfe: 2017 hat die Unia zusammen mit

der Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung und weiteren Organisationen die Plattform [belaestigt.ch](http://belaestigt.ch) ins Leben gerufen. Ein niederschwel-

### Unia-Jugend verlangt mehr Prävention.

liges Online-Angebot, damit sich Betroffene angstfrei melden können: Einfach per Mail. Anonym, unkompliziert und in neun Sprachen. Auch Unternehmen finden hier Tipps, was im Falle von sexueller Belästigung im Betrieb zu tun ist. (pdi)

## workfrage: Ist sexuelle Belästigung in Ihrem Betrieb ein Thema?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch)**



HOCH DIE FAHNEN! Mit einem fast dreiwöchigen Streik erstritten XPO-Chauffeure in Genf einen Sozialplan mit Abfindungen für die ganze Belegschaft. FOTO: ERIC ROSET

## Transportriese XPO: Rekord-Streik mit Erfolg

# «Sie wollten uns für dumm verkaufen»

**Die Logistikfirma XPO Schweiz plante in Genf eine Massenentlassung ohne Sozialplan. Doch dann gaben 20 Chauffeure Gas – mit einem einzigartigen Streik.**

JONAS KOMPOSCH

Mitten im Sommerloch und ohne die kleinste Notiz in der Deutschschweizer Presse ereignete sich in Genf Historisches: Gut 20 Chauffeure weigerten sich, im Zuge einer Betriebsschliessung mit leeren Versprechen abgespeist zu werden. Und mit ebenso leeren Händen auf der Strasse zu landen. Stattdessen traten sie am 29. Juni in den Streik. Gegen die XPO Supply Chain Switzerland, eine Tochtergesellschaft des US-Transportriesen XPO Logistics. Er ist weltweit berüchtigt für rücksichtslose Profitmaximierung, ein gewerkschaftsfeindliches Management und für den 2,2 Milliarden Dollar schweren Eigentümer Bradley Jacobs (64).

Viel Biss und Ausdauer waren also gefragt. Und genau das hatten die Genfer Chauffeure. Fast drei Wochen verschränkten sie ihre Arme – und meisterten damit den längsten Logistikstreik in der jüngeren Schweizer Geschichte. Und: Die Chauffeure hatten Erfolg. Zwar wird der XPO-Standort in Satigny GE definitiv geschlossen, doch dank dem Streik und einer Vermittlung von Regierungsrat Mauro Poggia winkt nun ein Sozialplan mit Abfindungen für die ganze Belegschaft. Für einen Teil der insgesamt 32 Mitarbeiter konnte sogar eine Weiterbeschäftigung ausgehandelt werden. Dabei war der Sieg alles andere als sicher.

### FRANZÖSISCHER KRISENMANAGER

So zumindest sieht es Junior Mural\*. Der breitschultrige Mittvierziger ist gewählter Personaldelegierter der Genfer XPO-Chauffeure und Streikteilnehmer der ersten Stunde. work trifft ihn im Café des Charmilles, einer brasilianischen Bar unweit der Unia-Zentrale. Auch Fahrerkollege Tiago Ferreira\* sitzt am Stammtisch. Er grüsst mit der Corona-Faust, trinkt einen Schluck Ananassaft und sagt: «Hier heckten wir schon so manchen Plan aus!»

Der Konflikt mit dem Management begann nämlich bereits im Herbst 2019. Damals hatten die Chauffeure erfahren, dass der Liefervertrag mit dem einzigen Kunden des Genfer XPO-Standorts bald auslaufen werde. Mural erzählt: «Wir waren verunsichert und wollten wissen, was mit uns passiert, wenn keine Arbeit mehr da ist.» Das fragten die Chauffeure die Geschäftsleitung. Sie sitzt an den beiden übriggebliebenen XPO-Standorten Roggwil BE und Niederbipp BE. «Macht euch keine Sorgen», habe die Antwort gelautet. Dazu Ferreira: «Sie sagten, wir seien durch eine Personenschutzklausel abgesichert.» Details oder gar Belege seien aber nicht ausgehändigt worden. Mural: «Wir wurden skeptisch und holten die Unia ins Boot.»

Dann ging es zunächst schnell: Erste Personalvollversammlung, erneute Forderung nach Transparenz, Schlichtungstermin vor dem Kantonalen Einigungsamt und – Nervosität beim Schweizer Management. Welches prompt Verstärkung des Mutterkonzerns erhielt. Aus Lyon reiste ein Krisenmanager an, ein hohes Tier bei XPO Frankreich.

### HINHALTETAKTIK

Dann kam Corona. «Das hat alles erschwert», sagt Mural. Denn während XPO nun von Kurzarbeit profitierte und so erneut Zeit gewann, konnten sich die Chauffeure nicht mehr im Betrieb treffen. Ihr Vorgehen mussten sie fortan mühsam im Internet diskutieren.

### «Es braucht jetzt endlich eine Sozialplanpflicht!»

UMBERTO BANDIERA, UNIA

Und dann das: «Plötzlich erfuhren wir, dass XPO für unseren Standort schon lange keine Zukunft mehr sehe», sagt Mural. Das sei zu viel gewesen, betont der Familienvater, «die wollten uns einfach hinhalten und für dumm verkaufen.» Kurz darauf der Paukenschlag: XPO gab die Standortschliessung bekannt, kündigte der ganzen Belegschaft und verweigerte einen Sozialplan. Ein solcher sei «nicht nötig», liess das Unternehmen verlauten.

Tatsächlich ist bei Massenentlassungen nur dann ein Sozialplan zwingend, wenn eine Firma mehr als 250 Angestellte zählt und innert 30 Tagen mindestens 30 Kündigungen ausspricht. XPO Schweiz war aber gerissen genug, die Belegschaft

ten seiner drei Standorte über einen Zeitraum von zwei Jahren zu schrumpfen – von 560 auf knapp 150 Mitarbeitende. Ausserdem stellt sich das Management auf den Standpunkt, eine eigenständige Schweizer Firma zu sein. Darüber kann Ferreira nur den Kopf schütteln: «Was soll da eigenständig sein, wenn der Mutterkonzern sogar einen Krisenmanager aus Frankreich schickt? Das stinkt doch zum Himmel!» Der Zorn der Chauffeure hatte aber noch andere Gründe.

### «Teamgeist hat uns zum Sieg geführt!»

JUNIOR MURAL, XPO-CHAUFFEUR

### WIE EIN PITBULL

XPO weigerte sich nämlich, die Unia als Verhandlungspartnerin zu akzeptieren. Ferreira: «Sie verlangten stattdessen eine Namensliste aller Gewerkschaftsmitglieder. So weit kommt's noch!» Mitte Juni scheiterte schliesslich die zweite Vermittlung vor dem Einigungsamt. Dazu Mural: «Nun konnten wir nichts mehr verlieren, einstimmig beschlossen wir Streik.» Wobei einzelne Kollegen sich weder an der Abstimmung noch am Streik beteiligten. Man habe zwar versucht, auch sie zu überzeugen, sagt Mural. Doch: «Während wir für Zusammenhalt kämpften, setzte XPO auf Spaltung und Angstmacherei.» Vor allem das Gerücht von schwarzen Listen habe gewirkt. Zum Glück sei die Solidarität der Bevölkerung gross gewesen. An den insgesamt 13 Protestaktionen hätten sie viel Unterstützung erfahren. Von Passantinnen, Berufskollegen und sogar von Politikern wie SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Auch der zuständige Gewerkschaftssekretär Umberto Bandiera erhält viel Lob von den Chauffeuren: «Wie ein Pitbull» habe der sich für sie eingesetzt. «Aber das Wichtigste», betont Chauffeur Mural, «das ist der Teamgeist. Er hat uns letztlich zum Sieg geführt.»

Ein schaler Nachgeschmack bleibe, denn die Gesetze bevorzugen die Unternehmer. Das kann Unia-Mann Bandiera bestätigen: «Trotz Kurzarbeit, die ja dem Erhalt von Arbeitsplätzen dienen soll, konnte XPO die Leute am Ende entlassen.» Das sei ein Missbrauch des Systems. Und noch etwas zeige dieser Fall deutlich: «Die Arbeitnehmenden in der Schweiz sind zu wenig geschützt. Es muss endlich eine Sozialplanpflicht her – und zwar für alle Fälle von Massenentlassungen.»

## Corona-Streik bei Walo

TAVERNE/IRAGNA TI. Damit machte der Bauriese Walo Bertschinger seine Büezer im Tessin so richtig hässig: Zuerst zog er ihnen Ferientage ab, um die Zeit zu kompensieren, in welcher der Kanton alle Baustellen wegen der Corona-Gefahr dichtgemacht hatte. Dann verbot ihnen Walo auch noch, im August Ferien zu nehmen. Dagegen wehrten sich die Arbeiter am 2. Juli mit einem eintägigen Warnstreik. Sie beauftragten die Unia, zu verhandeln. Das wirkte: Walo hob die Feriensperre wieder auf. Und musste versprechen, die Streikenden nicht zu sanktionieren. Noch ungeklärt ist die Frage zu den abgezogenen Ferientagen. Die Verhandlungen laufen weiter.

## Erfolg: Google hat Personalvertretung

ZÜRICH. Die rund 400 Mitarbeitenden von Google in Zürich bestimmen im Konzern jetzt stärker mit. Sie haben erstmals eine Personalvertretung gewählt. Ein grosser Erfolg. Im letzten Herbst hatte der Tech-Multi aus den USA noch versucht, den Kontakt zwischen den Angestellten und der Gewerkschaft Syndicom zu verhindern (work berichtete). Weil die grosse Mehrheit der Belegschaft aber per Abstimmung eine Personalvertretung verlangte, musste Google einlenken. Nach Schweizer Gesetz besteht in jedem Unternehmen mit mehr als 50 Mitarbeitenden das Recht auf eine Personalvertretung.

## Für Gratis-ÖV

BERN. Gratis mit Bus und Tram reisen: Das soll in der Stadt Bern Realität werden. Die Partei der Arbeit (PdA) hat eine entsprechende Initiative lanciert. Gratis-ÖV würde vor allem für Wenigverdienende und Familien eine grosse Entlastung bringen. Es sei aber auch eine «konkrete Massnahme zum Schutz des Klimas», schreibt die Partei zum Unterschriftenstart. Dabei verweist sie



INITIATIVE: Gratis im Stadtbus unterwegs. FOTO: BERNMOBIL

auf Vorreiterinnen wie Luxemburg, wo Pendlerinnen und Pendler bereits heute kostenlos im ÖV unterwegs sind. Unterschriftenbogen: [rebrand.ly/gratis-oev](http://rebrand.ly/gratis-oev).

## Indien: «Corona-Heldinnen» streiken

NEU-DELHI. Seit Monaten kämpfen sie an vorderster Front gegen das Coronavirus: rund 1 Million Inderinnen, die in armen und abgelegenen Gebieten ohne Spitäler die Gesundheitsversorgung sicherstellen. Zehn Stunden am Tag, für nicht einmal 50 Dollar pro Monat. Ohne Masken und Desinfektionsmittel. Weil der rechte Premierminister Narendra Modi gegen das Coronavirus lieber betet statt handelt, riefen 3,5 Millionen Gesundheitsangestellte am 7. August zum Streik. Sie verlangen bessere Mindestlöhne, Schutzkleidung und eine Kranken- und Sterbeversicherung. Der Streik hält an.

\* Namen geändert

Niemand bekämpft unsere Ferien so radikal wie die SVP – und das seit über 100 Jahren

# Die grosse Anti-Ferien-Partei



VERLOGEN: Die Volkspartei wünscht schöne Ferien. Dabei hätten wir gar keine, wenn's nach ihr ginge. FOTO: ZVG

**Mit Sünneli-Plakaten wünscht die SVP «schöne Sommerferien». Ausgerechnet jene Partei, die sich seit je gegen Erholungszeit sperrte.**

JONAS KOMPOSCH

Ferienzeit ist Velozeit, frohlockte der work-Redaktor und trat eines Julimorgens munter in die Pedale. Endlich raus aus der Stadt, fort vom alltäglichen Polit-Gezänk und hinein in die unschuldige Landschaft. Den Wind im Haar, die Sonne im Gesicht, alles schien perfekt. Doch dann das: Ein halbes Dutzend SVP-Plakate schmückten den Dorfein-

**Noch weniger Ferien gibt es in Europa nur in Weissrussland.**

gang einer malerischen Zürcher Gemeinde. Das Plakatsujet: ein gäggelgelbes SVP-Sünneli mit Schweizerfahne und Sonnenbrille; dazu in giftgrüner Schrift «Schöne Sommerferien. Ihre SVP». Und futsch war sie, die Landidylle. Stattdessen leuchtete der gelbgrüne Beweis, dass die Blocheristen sogar die Ferien für Propagandazwecke instrumentalisieren. Ausgerechnet die Ferien!

Zwar gibt es Geizhalse in allen Parteien. Doch niemand ist derart ferienfeindlich wie die selbsternannte Volkspartei. Sie trägt die Hauptschuld dafür, dass den Lohnabhängigen in der Schweiz noch

immer bloss vier bezahlte Ferienwochen zustehen. Denn die SVP und die von ihr dominierten Gewerbeverbände brüllten 2012 am lautesten gegen die Gewerkschaftsinitiative «Sechs Wochen Ferien für alle». Diese könne die reiche Schweiz nicht verkraften, mehr Stress und Arbeitslosigkeit seien die Folge solcher «Zwangsferien». Weil auch die übrigen Mitte- und Rechtsparteien der SVP folgten, blieb es bei mickrigen vier Wochen. Noch weniger Ferien gibt es in Europa nur in Weissrussland, in der Ukraine und in Bosnien.

**REISEZIELE OFFENLEGEN**

Doch die SVP ist nicht nur gegen mehr Ferien, sie will bestehende auch noch kürzen. So im Jahr 2017, als es der heutige Aargauer SVP-Regierungsrat Jean-Pierre Gallati auf eine Weihnachtswoche des Lehrpersonals abgesehen hatte. Oder wie im vergangenen April, als die Urner und Schwyzer Schulkinder ins Visier gerieten. Ihnen wollten die beiden SVP-Kantonalparteien ganze zwei Wochen Sommerferien abknöpfen, um angebliche Lernverluste durch Corona wettzumachen.

Auch sonst funken die Rechtsaussen gerne in das seit 1948 verbrieft Menschenrecht auf Ferien. Zum Beispiel Partei-Tätschmeisterin Magdalena Martullo-Blocher. In ihrer Ems-Chemie müssen die Mitarbeitenden neuerdings ihre Reiseziele offenlegen und bewilligen lassen.

**FERIEN FÜR DIE REICHEN**

Noch dreister erscheint das Sommerferien-Plakat vor historischem

Hintergrund. Denn lange waren Ferien der vermögenden Oberschicht vorbehalten. Und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, seit 1971 SVP) setzte alles daran, dass dies so blieb. Eidgenössische Fabrikinspektoren fanden 1910 heraus, dass nur 8 Prozent aller Arbeiterinnen und Arbeiter Ferien erhielten. Ein gesetzliches Minimum fehlte noch völlig. Besserung brachte erst der Landesstreik von 1918. Doch die BGB bekämpfte sogar die bescheidensten Initiativen für etwas arbeitsfreie Zeit: So 1920, als das Schweizer Verkehrspersonal per Bundesgesetz endlich ein paar Tage Ferien erhielt. Oder 1931 im Kanton Basel-Stadt. Erstmals in der Schweiz votierte dort eine Mehrheit der stimmberechtigten Männer für Mindestferien (6 Tage). Oder im Kanton Zürich, wo die Bürger 1952 einem gesetzlichen Ferienanspruch (6 bis 18 Tage) für alle zustimmten. Und noch 1969 war die BGB gegen drei Wochen Mindestferien in der Schweiz.

Nur ein einziges Mal bekannte sich die SVP zu mehr Ferien. Nämlich just vor den Parlamentswahlen 1979, als die Partei die vorangegangenen Wahlschlappen endlich wettmachen wollte. Und hierfür der Arbeiterschaft Versprechen machte. Vier Wochen für alle verlangten nun plötzlich auch die Ferienfeinde. Und siehe da: Fünf Jahre später war die Vier-Wochen-Regelung Gesetz. Kann man aus der Geschichte lernen? Im mindesten so viel: Geht's dem SVP-Sünneli schlecht, strahlen die Freundinnen und Freunde von Ferien umso mehr.

**rosazukunft** Technik, Umwelt, Politik



## Technischer Fortschritt: Sieht die «Rosa Zukunft» zu rosa?

In der letzten work-Ausgabe berichteten wir in dieser Rubrik über den absehbaren Durchbruch in Sachen Batterien bei Tesla. Zu technologiegläubig, findet work-Leser Paul Dorn. Er schreibt uns:

«Rosa Zukunft? Denkste! Wenn jede Benzinkutsche, die derzeit auf dem Planeten herumfährt, durch so eine fette Tesla-Karre ersetzt wird, geht der Planet, bloss durch den Ressourcenverbrauch, vor die Hunde. Und wie war das übrigens mit der Kinderarbeit in all den Minen in Afrika für alle die seltenen Metalle/Erden für Batterien und Elektronik? Immer diese armseligen technischen Lösungen, alles mit noch mehr Technik lösen? Grundsätzlich: Sozialer Verkehr! Also ÖV!

**Zweitens:** Wann berichtet ihr mal über das Velofahren?

**Drittens:** Autos abspecken! Elektrifiziert die Ape-Cars!

**Viertens:** Strassenrückbau subito!  
Beste Grüsse  
Paul Dorn, Zureich

Für Leser Paul Dorn ist diese Rubrik zu technikfreundlich, zu wenig gesellschaftskritisch und ökologisch sowieso etwas neben den Schuhen. Gehen wir ein paar angesprochene Knackpunkte durch.

**ROSA ZUKUNFT 1:** Die Zukunft gehört, wenn nicht alle Anzeichen täuschen, auf der Strasse sich selbst steuernden Elektrofahrzeugen. Bei den Batterien

steht der Durchbruch, wie vor der Sommerpause beschrieben, offenbar in der Haustüre ([workzeitung.ch/2020/06/30513/](http://workzeitung.ch/2020/06/30513/)). Bei der autonomen Steuerung hat der Fortschritt noch etwas Rückstand. Aber vor 2030 sollte es auch hier so weit sein.

**ROSA ZUKUNFT 2:** Es besteht die Gefahr, dass der Individualverkehr billiger und attraktiver wird. Deshalb braucht es flankierende Massnahmen. Darum muss das individuelle Eigentum an einer eigenen Karre schrittweise aufgehoben werden. Wie das gehen soll, darüber müssen wir rechtzeitig nachdenken.

**ROSA ZUKUNFT 3:** Es gibt in der Schweiz 4 Millionen Autos und 10 Millionen Parkplätze. Die Autos stehen während 23 Stunden pro Tag nutzlos in Garagen und auf Parkplätzen. Weniger als 1 Million Autos und 5 Mal weniger Parkplätze würden genügen, wenn im Strassenverkehr das Privateigentum an sich selbst steuernden Elektroautos aufgehoben wird und der öffentliche Verkehr so den privaten Verkehr schluckt. 3 Millionen Autos und 8 Millionen Parkplätze wären dann aufgehoben. Der Lärm und der



E-LASTWÄGELI: Elektroautos reduzieren die Lärm- und Dreckbelastung sehr stark. FOTO: ZVG

Dreck stark reduziert. Und gleichzeitig würde damit die bezahlbare und erst noch verbesserte Mobilität nicht nur bewahrt, sondern auf ein neues Niveau gehoben. Und elektrische Ape-Cars von Piaggio gibt es übrigens schon (siehe Piaggio-Link).

**ROSA ZUKUNFT 4:** Letztes Jahr wurden in der Schweiz 130 000 neue Elektrovelos verkauft. Da die Batterien leichter und billiger werden – und mit ihnen die E-Bikes und Pedelecs –, wird dieser Trend weiter anhalten. Wichtig wäre die Aufhebung von bestehenden Auto Spuren zugunsten von Velowegen. Das

ist problemlos möglich, weil Fahrspuren für sich selbst steuernde Autos eine viel höhere Kapazität aufweisen. Wir Menschen sind verglichen mit autonom gesteuerten Untersätzen miserable Autofahrerinnen und Autofahrer.

**ROSE ZUKUNFT 5:** Der ökologische Umbau ist ein grosses Räderwerk, das leider nur langsam in die Gänge kommt. An sich hat der deutsche SPD-Bundesvorsitzende Norbert Walter-Borjans recht, wenn er Zölle auf klimaschädliche Importe verlangt. Dasselbe müsste allerdings auch für Exporte gelten.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/lastwaegeli](http://rebrand.ly/lastwaegeli)  
Der italienische Fahrzeughersteller Piaggio produziert inzwischen auch immer bessere Elektro-Kleinlastwägelchen.

● [rebrand.ly/lasten-e-bike](http://rebrand.ly/lasten-e-bike)  
Das Paketversand- und Logistikunternehmen Hermes testet im deutschen Rostock Lasten-E-Bikes, die bis zu 200 Kilo transportieren können.

● [rebrand.ly/stinksauer](http://rebrand.ly/stinksauer)  
Die Klimajugend ist stinksauer auf die SP und die Grünen: «Wir wurden von den Linken benutzt und belogen.» Sie haben leider recht.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

# Kündigungsinitiative: Die SVP, sie lügt und trickst Märchenstunde mit Martullo & Co.

**Am 27. September stimmen wir über die bürgerfeindliche Kündigungsinitiative der SVP ab. 50 Jahre nach der Schwarzenbach-Initiative will die Millionärspartei zurück in die Baracken-Schweiz. Ihr Abstimmungskampf ist verlogen.**

CLEMENS STUDER

Den Auftakt machte die Tochter des SVP-Führers höchstpersönlich. In einem ellenlangen Interview mit dem «Tages-Anzeiger» gab Magdalena Martullo-Blocher die Tonalität vor. Fakten spielen in der aktuellen Abstimmungskampagne eine noch kleinere Rolle als sonst schon bei der SVP. Die im Internet aufgeschalteten «Argumentatorien» sind pure, kontrafaktische Behauptung.

**Martullo-Blocher behauptet: «Bei der Personenfreizügigkeit geht es nicht um den Zugang unserer Produkte zum EU-Markt...»**

**Falsch:** Natürlich geht es das! Die Personenfreizügigkeit ist Teil der bilateralen Verträge. Und bei diesen gibt es die sogenannte Guillotineklausel. Das heisst: wird ein Vertrag von einer Vertragspartei gekündigt, fallen alle anderen auch weg. Bei einem Ja hätte der Bundesrat 12 Monate Zeit, die Personenfreizügigkeit neu zu verhandeln. Gibt es keine Einigung mit der EU, so wie sie die SVP möchte, müsste der Bundesrat die Personenfreizügigkeit kündigen. Das Vorhaben ist völlig illusorisch – und die Frist wahnwitzig.

**Die SVP behauptet: «Die Initiative beschränkt die Zuwanderung.»**

**Falsch:** Die Schweiz ist auch in Zukunft auf Arbeitnehmende aus dem Ausland angewiesen. Deshalb würde sich bei einem Ja zur Initiative nichts ändern. Denn entscheidend für die Entwicklung der Zahlen ist die wirtschaftliche Lage. Die freisinnige Justizministerin Karin Keller-Sutter sagt es so: «Mit der Personenfreizügigkeit und den Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotentials kommen aus der EU tatsächlich nur jene Leute, die die Wirtschaft braucht und die tatsächlich auch eine Stelle haben. Jene, die behaupten, es gebe eine unkontrollierte und unnötige Einwanderung, frage ich: Was hätten wir auf dem Höhepunkt der Coronakrise ohne die Grenzgänger beim Gesundheitspersonal gemacht? Mehr als 4000 kamen aus Italien ins Tessin und mehr als 20000 aus Frankreich.» Die Schweiz hat schlicht zu wenig Fachkräfte. Und dies wird sich in den kommenden Jahren aus demographischen Gründen noch verschärfen.

**Martullo-Blocher behauptet: «Arbeitnehmende aus dem Ausland verdrängen Inländer.»**

**Falsch:** Eine umfangreiche Studie der ETH-Konjunkturforschungsstelle belegt das Gegenteil ([www.rebrand.ly/kofpfz](http://www.rebrand.ly/kofpfz)). Obwohl sich zahlreiche weitere Studien mit dem Thema beschäftigen haben, erbrachte keine von ihnen einen Beleg für diese SVP-Dauerbehauptung.

**Die SVP behauptet: «Mit Kontingenten kann die Schweiz die Zuwanderung steuern.»**

**Falsch:** Kontingente steuern gar nichts. Das haben die Jahrzehnte vor der Personenfreizügigkeit gezeigt. In den 1980er und 90er Jahren gab es lange Perioden, in denen die Einwanderung so hoch war wie heute. Die Wirtschaft holt sich jene Arbeitskräfte, die sie braucht. Ohne Personenfreizügigkeit einfach mit mehr Bürokratie. Oder als Schwarzarbeitende. Auch das zeigt die Geschichte des Kontingentsystems.

**Die SVP behauptet: «Die Initiative schützt die älteren Arbeitnehmenden vor Jobverlust.»**

**Falsch:** Ältere Arbeitnehmende verlieren ihre Stellen zwar überdurchschnittlich oft und haben grosse Mühe, eine neue Stelle zu finden. Doch dafür ist nicht die Personenfreizügigkeit verantwortlich. Sondern die Profitgier mancher Arbeitgeber. Und an dieser ändert auch die Initiative nichts. Vielmehr käme es bei einem Ja zu noch



**DER HAMMER!** Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher weibelt faktenfrei für die bürgerfeindliche Kündigungsinitiative. FOTO PD

mehr Lohnruck, was insbesondere auch den älteren Arbeitnehmenden schadet. Wie wenig das Schicksal der älteren Arbeitnehmenden und der älteren Arbeitslosen die SVP in Wahrheit kümmert, zeigen ihre Taten: Sie ist die einzige Partei, die sich verbissen gegen eine Überbrückungsrente für ältere Ausgesteuerte wehrt. Auch von einem besseren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende will die SVP nichts wissen.

**Die SVP-Initiative ist ein Frontalangriff auf alle Arbeitnehmenden.**

Ems-Chefin Martullo-Blocher schwärmt vom Saisonierstatut, das bis 2002 in Kraft war. Sie sagt: «Wenn Tiefqualifizierte damals arbeitslos wurden, kehrten sie in ihre Heimat zurück, und wir mussten nichts bezahlen.» In den Zeiten des unmenschlichen und entwürdigenden Statuts waren die Saisoniers quasi rechtlos und den Arbeitgebern ausgeliefert.\* Das gefiel diesen natürlich – und das gefällt den Tonangebenden und Tonangebern in der Milliardärspartei SVP. Weil wenn ein Teil der Lohnabhängigen zu faktisch allen Bedingungen arbeiten muss, können verantwortungslose Chefs auch die Arbeitsbedingungen und Löhne aller anderen Arbeitenden verschlechtern. Genau das geschah unter dem Saisonier-

**Doch was will die SVP mit der Kündigungsinitiative denn eigentlich erreichen?**

**Entlarvt: Die SVP will zurück zur Baracken-Schweiz und alle Löhne drücken.**

statut: Es drückte auch die Löhne der Schweizerinnen und Schweizer. Dafür erhöhte es die Profite und Dividenden der Firmen.

**Entlarvt: Die SVP will Gesamtarbeitsverträge und Normarbeitsplätze abschaffen.**

Bei der Lancierung ihrer Initiative im Januar 2018 war die SVP noch etwas ehrlicher, als sie es jetzt im Abstimmungskampf ist. Damals sprach sie nicht vom Schutz der Schweizer Löhne. Sondern von den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit, einer grossen Errungenschaft der Gewerkschaften. Diese sind der Partei ein Graus, seit es sie gibt. An einer Pressekonferenz schimpfte damals Magdalena Martullo-Blocher über Lohnkontrollen, Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne. Und das steckt in Wahrheit hinter der Kündigungsinitiative: Die Personenfreizügigkeit soll weg, weil die dazugehörigen flankierenden Massnahmen die Rechte der Lohnabhängigen schützen. Die sogenannte «Begrenzungsinitiative» ist ein Frontalangriff auf die Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmenden in der Schweiz.

\* Bei der Einreise wurden die Saisoniers an der Grenze sanitärisch untersucht. Zum Teil auf den Perrons. Erst nach 1992 wurde dieses entwürdigende Prozedere durch einen Arztbesuch ersetzt. Nach einer Kampagne der Unia-Vorgängerin GBI. Viele Saisoniers mussten zu dritt oder zu viert in Barackenzimmern hausieren. Sie konnten die Stelle nicht wechseln. Der Familiennachzug war zuerst verboten und ab 1965 nur unter schikanösen Bedingungen erlaubt. Die work-Broschüre zu diesem Schweizer Schandfleck gibt es hier: [rebrand.ly/work-leseheft](http://rebrand.ly/work-leseheft).



ILLU: WORK; FOTO: ISTOCK

**Die Briefträgerin & dgZmC**

Max Küng, der eigensinnige Kolumnist, schrieb kürzlich im «Magazin» über seinen Paketpöster heute und in jener früheren Zeit vor dem Lockdown (ijfZvdl). In jener fernen Zeit vor



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

dem Lockdown habe er den Paketboten nicht einmal gekannt, nun erwarte er ihn täglich freudig. So, als wäre immer Weihnachten. Ausser, dass der Paketempfänger den Inhalt des Pakets im Prinzip kennt.

**TEIL DER FAMILIE.** Der Päckliträger erhält wieder eine soziale Bedeutung, das wird im Text klar. Sein Erscheinen wird erhofft, ersehnt. Er wurde «Teil der Familie». Fast wie früher vor der Tempo-Teufel-Zeit (TTZ) und Zeitist-Geld-Zeit (ZiGZ). Damals, als die Briefträger und die wenigen Briefträgerinnen manchmal auf ihren Touren Kommissionen besorgten, beim Zügeln anpackten, mit Kindern spielten oder

**Der Päckliträger erhält wieder eine soziale Bedeutung.**

sogar beim Heuen halfen. Statt mit gesenkten Köpfen eilends ihr Tagewerk zu verrichten. IjfZvdl hatten sie dann nur noch selten Kontakte mit der «Kundschaft», zumal diese gerade in der Stadt sowieso meist nicht zu Hause war, seit einiger Zeit keine Geldauszahlungen an der Haustür mehr stattfinden und die Eingeschriebenen immer öfter ohne physische Unterschrift im Kasten landen. Doch in dieser gegenwärtigen Zeit mit Corona (dgZmC) sieht einiges wieder anders aus: Zwar gibt es Distanzvorschriften, zwar unterschreibt das Zustellpersonal in Anwesenheit und mit dem Einverständnis der Empfängerinnen und Empfänger selber auf dem Scanner («kb, corona»), doch öffnen sich weit öfter als ijfZvdl nach dem doppelten Läuten die Türen und finden kleine Gespräche statt.

Ob aber das Erscheinen der Briefträgerinnen und Briefträger je ähnliche Glücksgefühle auslösen wird wie bei Max Küng der Anblick des Paketboten, ist fraglich. Zwar werden sie in Zukunft vermehrt auch Pakete zustellen. Doch der Inhalt der Briefpost ist meist bekannt. «Rechnungen!» Auch die Eingeschriebenen werden wegen dgZmC in Zukunft noch seltener frohe Botschaften enthalten als heute. Gründe genug, wieder einmal einen richtigen, persönlichen Brief zu schreiben.

## EU-Billionenpaket Ein Sprung nach vorn

Im April beschloss die EU ein erstes Hilfsprogramm zur Stützung der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in der Coronakrise: gewaltige 500 Milliarden Euro. Im Juli nun legte die EU-Spitze nach und beschloss einen «Wiederaufbaufonds» zur Ankurbelung der Wirtschaft. Es ist das grösste in Europa je beschlossene Finanzpaket. Und erstmals neh-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

men die EU-Länder gemeinsam Schulden auf, um den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern Geld zur Verfügung zu stellen. 360 Milliarden als Kredite, 390 Milliarden als Subventionen. Zusammen mit den bereits gesprochenen 500 Milliarden gibt das eine stolze Summe von über 1,2 Billionen Euro! Am meisten profitieren werden Länder wie Italien und Spanien.

**GEIZIGE FÜNF.** Damit hat die EU ein Tabu gebrochen, das bisher heilig war: «Keinen Cent an Griechenland!» hiess es, als die Hellenen 2010 in eine Finanzkrise schlitterten. Auch jetzt argumentierten einige in der EU wieder so: «Keinen Cent an Italien!» rufen etwa einige Holländer.

### 1,2 Billionen Euro fließen in den Wiederaufbaufonds.

Ihre Regierung führte die Ländergruppe der «geizigen Fünf» an, die den jetzt beschlossenen EU-Wiederaufbaufonds bekämpften. Verhindern konnten sie den Fonds aber nicht.

Die EU will ihn jetzt auch gemeinsam finanzieren. Verschiedene Formen einer gemeinsamen Steuer sind in Diskussion. Etwa eine europäische Unternehmenssteuer oder eine Finanztransaktionssteuer. Damit würde das gegenseitige Steuerdumping in Europa bekämpft, von dem heute Länder wie gerade die Niederlande profitieren. Mit diesen neuen Instrumenten könnte die EU also gleichzeitig eine ihrer grössten Schwächen überwinden: Sie hat zwar eine gemeinsame Währung, aber bisher keine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

**GRAUSAMER BREXIT.** Es ist ein grosser Sprung nach vorne, und er wird die EU stärken. Deshalb ist die SVP auf dem Holzweg. Sie behauptet im Abstimmungskampf für ihre Kündigungsinitiative, die EU werde immer unwichtiger für die Schweiz. Deshalb brauche die Schweiz die bilateralen Verträge gar nicht. Ein Blick auf Grossbritannien zeigt jedoch: der Brexit war eine grausame politische Fehlspekulation.



### Jetzt noch beantragen: Corona-Elternurlaub

Eltern aufgepasst! Habt ihr während der Corona-Pandemie eure Kinder selbst betreut, darum weniger verdient als normalerweise? In den meisten Fällen könnt ihr Corona-Elternurlaub beanspruchen. Nutzt das. Die Frist läuft nur noch bis 16. September 2020. Das müsst ihr tun und wissen:

[www.unia.ch/corona-elternurlaub](http://www.unia.ch/corona-elternurlaub)

# Digitalisierung: FDP attackiert Arbeitnehmerschutz Freisinnige wollen Uber-Bschiss-Modell legalisieren

**Plattformkonzerne wie Uber missbrauchen ihre Mitarbeitenden. Statt diesen Missstand aus der Welt zu schaffen, will die FDP jetzt einen neuen «Job-Status» kreieren.**

RALPH HUG

Die FDP wittert Morgenluft. Sie will das Modell Uber flächendeckend einführen: Arbeitnehmende beschäftigen, aber keine Sozialleistungen bezahlen (AHV, Arbeitslosen- und Unfallversicherung, Pensionskasse). Und sie dann noch mit Billiglöhnen abspeisen. Das ist der Hintergrund eines Vorstosses im Nationalrat. Die Freisinnigen wollen einen «dritten Status» einführen, ein Zwischending zwischen Angestellt und Selbständigerwerbend. Begründung: Dies sei nötig, da immer mehr Menschen für digitale Plattformen arbeiteten wie Uber, Airbnb oder andere Online-Dienstleister. Für diese neue Beschäftigung brauche es nur noch einen «verhältnismässigen» Sozialschutz, wie sie sagen. Im Klartext: so wenig wie möglich.

### ALLES ANDERE ALS FREI

Dies zeigt: Der Kampf um die Folgen der Digitalisierung ist im vollen Gang. Doch die Unia ist gerüstet. Ihr Engagement für die Rechte der Uber-Fahrerinnen und -Fahrer hat sie gelehrt: Plattformkonzerne drücken sich vor den Sozialkosten für Mitarbeitende, denn diese schmälern ihre Gewinne. Obwohl Gerichte immer wieder festgestellt haben, dass auch diese Konzerne Arbeitgeber im klassischen Sinne seien: Wer für Uber arbeitet, muss sich allen Weisungen des Konzerns fügen und ist alles andere als frei. Uber prozessiert dagegen durch alle Instanzen.



**KLARER FALL:** Wer für Uber unterwegs ist, muss sich allen Weisungen des Konzerns fügen und ist alles andere als selbständigerwerbend. FOTO: GETTY

Unia-Ökonom Beat Baumann erklärt: «Beschäftigungsmodelle ohne Schutz lehnen wir ab.» Sie dienen nur dazu, das Heer von prekär entlohnten Arbeitnehmenden zu vergrössern. Der renommierte Rechtsprofessor Kurt Pärli von der Uni Basel teilt diese Ansicht. In einem internen Gutachten für die Unia legt er dar, was Plattformarbeit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kostet, wenn sie leichtfertig als selbständige statt als abhängige Arbeit betrachtet wird. So verliert jemand, der selbständig ist, den Anspruch auf eine IV-Rente der AHV oder auf Taggelder der Unfallversicherung. Im Krisenfall muss dann die steuerfinanzierte Sozialhilfe einspringen. Dagegen ist eine ordentlich beschäftigte Person sozial abgesichert, der Arbeitgeber zahlt mit.

Damit Konzerne wie Uber sich endlich auch an das Arbeitsrecht halten, sollte es laut Pärli einen erleichterten Nachweis dafür geben, dass jemand abhängig beschäftigt ist. Der Konzern müsste dann beweisen, dass er kein nor-

### Plattformkonzerne drücken sich vor Sozialkosten.

maler Arbeitgeber sei. Nur wenn klar ist, dass Plattformbeschäftigte völlig frei von den Weisungen der Plattform handeln können, ist ihre Selbständigkeit echt. Sonst sind sie abhängig, und es gilt ein Arbeitsvertrag mit allen Pflichten für den Arbeitgeber. Pärli regt sogar an zu prüfen, ob nicht jedes Einkommen aus Plattformarbeit generell als Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit zu betrachten sei.

### «Dritter Status»: Unnötig!

Gegen die Stimmen von Linksgrün hat der Nationalrat vor zwei Jahren einen Bericht durchgesetzt. Der Bundesrat muss darlegen, ob er einen sogenannten dritten Status zwischen Selbständig- und Unselbständigerwerbend schaffen will.

**WARNUNG.** Das sei nötig für die neuen Beschäftigungsformen wie zum Beispiel die Uberfahrerinnen und -fahrer. Doch Experten wie der Basler Rechtsprofessor Kurt Pärli halten dies für unnötig. Sie warnen davor, den Schutz für Arbeitnehmende abzubauen, Risiken vom Arbeitgeber auf die Arbeitnehmenden abzuwälzen und so die Sozialversicherung zu privatisieren. Der bundesrätliche Bericht wird demnächst publiziert. (rh)

## Chemie-Dienstleister CBRE will Arbeitsbedingungen verschlechtern Dicke Luft wegen Hinterrücksvertrag

**Rund 500 Mitarbeitenden des Chemie-Dienstleisters CBRE drohen massive Verschlechterungen. Der Branchenverband Angestellte Schweiz ist daran beteiligt.**

RALPH HUG

Kein leichter Job: Die CBRE-Leute sorgen dafür, dass die technischen Anlagen in der Basler Chemie gut unterhalten sind. Vor allem bei Novartis. Werden sie jetzt dafür schlecht belohnt? Die Geschäftsleitung hat nämlich den Firmenvertrag mit der Gewerkschaft Unia gekündigt. Er läuft im März 2021 aus. An sich nichts Ungewöhnliches. Dann setzt man sich an den Tisch und handelt den Vertrag neu aus. Doch nicht so bei CBRE.

Plötzlich wurde ruchbar, dass bereits ein fixfertiger neuer Vertrag vorliege. Als Partner ist aber nicht mehr die Unia, sondern der Branchenverband Angestellte Schweiz vorgesehen, der im Betrieb kaum Mitglieder



hat. Das Papier hat es in sich, wie eine detaillierte Analyse der Unia ergab. Danach müssten die Angestellten markante Ver-

### CBRE will die Personalvertretung entmachten.

schlechterungen bei Lohn, Arbeitszeit, Ferien und den Anstellungsbedingungen hinnehmen. So würde der Mutterschaftsurlaub von 18 auf 16 Wochen gekürzt, Krankentaggeld und Unfallversicherung würden verschlechtert, es gäbe weniger

Ferien und schlechtere Löhne, und die Angestellten im Stundenlohn müssten auf den Dreizehnten verzichten. Auch will sich die Firma das Recht herausnehmen, künftig die Löhne allein zu bestimmen. Dies käme einer Entmachtung der Personalvertretung gleich. Sie könnte nur noch die Entscheide der Geschäftsleitung abnicken.

### UNIA-CHEFIN INTERVENIERT

Daher hat die Personalvertretung beschlossen, einen neuen Vertrag nur zusammen mit der Unia zu verhandeln. Unia-Regio-

leiterin Sanja Pesic sagt: «Wir werden nicht zulassen, dass hinter dem Rücken der Betroffenen ein Abbau betrieben wird.» Mit Flyern klärt jetzt die Gewerkschaft die Betroffenen auf. Diese zeigen sich erschreckt und erstaunt über die Manöver ihrer Chefs. Es stellt sich aber auch die Frage nach dem Vorgehen des Branchenverbands Angestellte Schweiz: Will er tatsächlich einem Arbeitgeber bei der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen noch Handlangerdienste leisten?

Unia-Präsidentin Vania Alleva hat persönlich beim Geschäftsleiter des Verbands, Stefan Studer, interveniert. Dieser spielt die Sache herunter: Es habe sich lediglich um «Sondierungsgespräche» gehandelt, so die Antwort. Wer glaubt's? Sanja Pesic fühlt sich an die Chemiegiganten erinnert. Novartis & Co. haben schon vor Jahren versucht, die Sozialpartner hinauszudrängen und durch gefügige Hausverbände und Pseudogewerkschaften zu ersetzen.



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## EIN GENFER NATIONALHELD WANKT

Im Untergeschoss des Genfer Völkerbundpalasts lagern die Archive des Völkerbundes. Darunter befindet sich auch ein Foto des US-amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Der hagere, hochgewachsene Mann mit asketischem Gesicht und starken Brillengläsern steht andächtig vor

**Rassisten dürfen im Prinzip nie und nirgendwo mit Denkmälern verehrt werden.**

der «Mauer der Reformatoren», den überlebensgrossen Steinstatuen der vier

Begründer der calvinistischen Revolution.

Wilson wurde 1856 in Staunton, einer Kleinstadt in Virginia, geboren. Sein Vater war Pastor der lokalen presbyterianischen Kirche. Sein Leben lang war Wilson ein strenggläubiger Calvinist. Auf der Friedenskonferenz von Versailles wurde 1919 die Welt neu geordnet. Neue Nationen wurden geschaffen, alte Reiche zerschlagen, Kolonien befreit und die Weltorganisation des Völkerbundes gegründet. Gegen den erbitterten Widerstand Frankreichs und Grossbritanniens setzte Wilson als Sitz der Weltorganisation die Republik Genf durch.

**WILSONS SPUREN.** Genf verdankt Wilson seine weltweite Bedeutung. Die Uno übernahm 1945 die Nachfolge des Völkerbundes. Die wunderschöne Seepromenade am rechten Ufer heisst «Quai Wilson». Der Sitz des Uno-Menschenrechtsrates ist im «Palais Wilson». Daneben steht das Luxushotel «President Wilson». Neben Jean Calvin und Henry Dunant ist Woodrow Wilson der dritte Nationalheilige der Republik.

Und nun das: Anfang August verlangten nord-amerikanische und europäische zivilgesellschaftliche Bewegungen die sofortige Verbannung Wilsons aus dem öffentlichen Raum. Ihr Argument: Er sei ein wüster Rassist gewesen.

Leider stimmt der Vorwurf. Die Vereinigten Staaten waren 1917 in den Krieg eingetreten. Zwei Millionen Soldaten hatten den Atlantik überquert. Zehntausende von ihnen wurden auf den nordfranzösischen Schlachtfeldern verwundet oder getötet.

Rassendiskriminierung beherrschte Wilsons Armee. Die 400 000 schwarzen Soldaten mussten an vorderster Front kämpfen. Mit fürchterlichen Verlusten. Die damaligen Führer der schwarzen Gemeinschaft und die Familien der geopferten Soldaten protestierten beim Präsidenten. Wilson strafte sie mit Verachtung.

**AUS DER GESCHICHTE STREICHEN?** Soll nun Genf diesen Mann aus seiner Geschichte streichen?

Meine Ansicht ist die folgende: Rassismus ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Rassisten dürfen im Prinzip nie und nirgendwo mit Denkmälern verehrt werden. Doch noch immer thront ein Denkmal von David De Pury mitten in der Stadt Neuenburg. De Pury (der der Stadt Teile seines Riesenvermögens vermacht hatte) war ein ganz übler Spekulant, Sklavenhändler und Sklavenhalter auf seinen lateinamerikanischen Plantagen.

Aber es gibt Sonderfälle. Auch der französische Philosoph Voltaire hat sich am Sklavenhandel bereichert. Aber er hat ein Werk geschaffen, das zur Emanzipation der Menschen beigetragen hat. Und nun Wilson. Seine rassistischen Verbrechen sind nicht zu verzeihen. Aber er hat den Völkerbund geschaffen. Genf sollte ihm ein ehrwürdiges Gedenken bewahren.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

**Eigentlich hatte Erntehelfer Eleazar Blandón noch so viele Träume gehabt**



**TÖDLICHE MELONEN:** Eleazar Blandón auf einem Selfie auf der Plantage, deren Arbeitsbedingungen ihn umbrachten. FOTO: ZVG

# Jetzt kommt er im Sarg nach Hause

**Brütende Hitze liegt über den Wassermelonen-Plantagen im südspanischen Murcia. Doch Eleazar Blandón arbeitet weiter. Bis er umfällt.**

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

**Schweiz, 1. August 2020:** Es chlept und knallt, es gibt Reden und Zopf, Cervelat mit Senf und bei uns daheim eiskalte Wassermelone zum Dessert.

**Spanien, 1. August 2020:** Eleazar Blandón Herrera (42) erntet seit fünf Uhr morgens Wassermelonen. Es ist höllisch heiss. Über 40 Grad. Trinkwasser? Gibt es nicht. Schatten? Fehlanzeige! Dann sinkt Blandón zu Boden. Doch niemand ruft eine Ambulanz. Zuerst kommen die Melonen. Bis der Lastwagen voll ist. Das dauert Stunden. Erst nach Feierabend kommt der Transporter, der die Erntearbeiter in die Stadt Lorca (Murcia) zurückfährt. Der Chef bringt zuerst alle anderen Erntehelfer in ihre Unterkünfte. Erst dann fährt er zum Spital. Dort legt er Blandón draussen vor der Tür hin. Blandón wird dort sterben. An den Folgen eines Hitzeschlages. So, wie sein Vater schon vier Jahre zuvor auf einer Plantage in Texas. In seiner letzten Nachricht schrieb dieser nach Hause: «Es ist so heiss, sogar meine Schuhe schmelzen.»

Die Schreckensnachricht erreicht Blandóns Frau Karen Altamirano Castro (32) zu Hause in Nicaragua. Und sie kann es nicht fassen. Per Whatsapp schreibt sie der Zeitung «El País»: «Ich möchte nur, dass er mit mir spricht und mir sagt, es gehe ihm gut!» Altamirano hat

ihren Mann seit fast einem Jahr nicht mehr gesehen. Im Oktober 2019 hat er Nicaragua verlassen. So wie Hunderte Nicaraguenserinnen und Nicaraguaner auch. Denn die landesweiten Proteste gegen Vetternwirtschaft und Repression liess Nicaraguas Präsident Daniel Ortega mit Sicherheitskräften und Paramilitärs brutal niederschlagen. Als Eleazar Blandón ging, war Altamirano schwanger. Jetzt ist das Baby sechs Monate alt. Seinen Vater wir es nie kennenlernen.

### KEIN EINZELFALL

Blandón beantragt Asyl in Spanien. Sein Antrag wird jedoch nicht bearbeitet, weil die Behörden überlastet sind. Dann kommt Corona, und alles steht still. Schliesslich engagiert ihn eine Temporärfirma als Erntehelfer, auch ohne die nötigen Papiere.

Er weiss nie, wer der Besitzer der Plantage ist, auf der er gerade chrampfen muss. Bis zu 11 Stunden am Tag für maximal 5 Euro pro Stunde. Die Pausen sind selten, Schatten auch. Im Traktor steht zwar ein Kanister Wasser, doch nach wenigen Stunden in der Gluthitze ist es so heiss, dass man sich die Lippen verbrennt. Arbeitet Blandón zu langsam, wird er vom Chef der Temporärfirma beschimpft. Erntet er die Wassermelonen auf den Knien, um seinen schmerzenden Rücken zu entlasten, bewirft dieser ihn mit Erde. Mitten ins Gesicht.

«Unter solchen Bedingungen sollte niemand arbeiten müssen», sagt Ángel Torregrosa von der Gewerkschaft Comisiones Obreras der Region Murcia. Er ist entsetzt über Blandóns Tod. Auch deshalb, weil er nicht der einzige ist: Immer wieder erleiden Erntehelfende einen

Hitzschlag. Eigentlich seien die Firmen verpflichtet, den Arbeiterinnen und Arbeitern kühles Wasser zur Verfügung zu stellen und Pausen am Schatten zu ermöglichen, erzählt der Gewerkschafter: «Aber das tun die meisten nicht. Legal wären in dieser

### Auch Migros und Coop führen Früchte aus Süds Spanien.

Jahreszeit Arbeitstage von maximal 7 Stunden, die um 2 Uhr nachmittags enden. Und ein Mindestlohn von 7,30 Euro pro Stunde.»

Das grösste Übel auf den Plantagen sind die Temporärfirmen. Sie lassen Migrantinnen und Migranten – mit oder ohne Papiere – zu miserablen Bedingungen chrampfen. In der Region Murcia sind 50 Prozent der Beschäftigten über solche Firmen angestellt, die Mehrheit davon im Landwirtschaftssektor. Wie viele dieser «Saisonniers» dies schwarz tun, weiss man nicht. Die Landarbeitergewerkschaft SOC-SAT schätzt, dass mindestens jeder fünfte Arbeiter illegal in Spanien arbeitet.

Der Fall Blandón hat jetzt auch Spaniens Arbeitsministerin Yolanda Díaz wachgerüttelt. Sie gehört zum linken Bündnis Unidas Podemos und kündigte an, sie wolle dringend etwas gegen die sklavenähnlichen Zustände in den Plantagen machen. Und erntete damit prompt heftige Kritik der Agrarlobby.

### EUROPAS GEMÜSEGARTEN

Süds Spanien ist Europas Obst- und Gemüsegarten. 2018 erreichte allein die Region Murcia ein Exportvolumen von über 2,5 Millionen Tonnen. Insgesamt liefert die Region in 88 Länder.

Auch Migros und Coop haben Gemüse und Früchte aus Süds Spanien im Sortiment.

Mathias Stalder von der Schweizer Bauerngewerkschaft Uniterre sagt: «Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Landarbeiterinnen und -arbeiter sind katastrophal. In den meisten Fällen sind die Kontrollen nichts wert. Politik und Polizei schauen weg, weil die Landwirtschaft ein immenser Wirtschaftsfaktor ist.» Und die Schweizer Grossverteiler verdienen viel zu gut an der Billigware, um genau hinzuschauen.

Dabei erhält Europas Landwirtschaft jährlich 60 Milliarden Euro aus der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, dem grössten Subventionspool der Welt. Mit dem Geld werden Bäuerinnen und Bauern unterstützt und die Entwicklung ländlicher Gebiete gefördert. Doch praktisch nichts davon landet bei den Erntehelfenden, ihre Rechte werden in der Gemeinsamen Agrarpolitik nicht mal erwähnt.

**Nicaragua, 19. August 2020:** Eleazar Blandóns Familie wartet. Auf die Ermittlungsergebnisse der spanischen Polizei. Wartet, bis sie endlich genügend Geld gesammelt hat für die Heimführung der Leiche. Sie wartet darauf, dass der Flughafen in der Hauptstadt Managua wieder offen ist. Er ist geschlossen wegen Corona. «Wir hatten so viele Träume», schreibt Blandóns Frau Karen Altamirano. Wieder via Whatsapp. Ein paar Tage vor seinem Tod habe Blandón ihr noch gesagt, er komme bald zurück, um sie zu umarmen. Seine Mutter habe genügend Geld zusammengespart und ihm das Rückflugticket gekauft. «Und jetzt kommt Eleazar im Sarg nach Hause.»

## Presseratsentscheide Pro Unia und pro work

Gleich zweimal hat der Schweizer Presserat über zwei unabhängige Beschwerden entschieden. Einmal zugunsten der Unia und einmal zugunsten von work.

MARIE-JOSÉE KUHN

Am 1. Mai 2019 publizierten mehrere Zeitungen des Medienkonzerns CH Media ein Interview mit Ueli Balmer, dem ehemaligen Präsidenten der Unia-Sektion Berner Oberland. Mit dem Titel: «Die Unia ist diktatorisch geführt». In der Einleitung zum Gespräch schrieb der Journalist Andreas

### Der Presserat erteilt dem CH-Medienkonzern eine klare Rüge.

Maurer, der interviewte Balmer sei einen Monat zuvor «nach einem Machtkampf mit der nationalen Geschäftsleitung abgesetzt» worden. Balmer seinerseits erhob dann weitere schwere Vorwürfe gegen die Unia und auch persönlich gegen Unia-Chefin Vania Alleva. In der Unia werde «weggemobbt» und «kaltgestellt». Und: «Vania Alleva spricht immer von Basisdemokratie, doch sie selber führt mit eiserner Hand. Deshalb stehe ich zu folgender Feststellung: Die Unia wird diktatorisch geführt.» Balmer forderte auch den Kopf von Alleva.

Die Unia erhob dann beim Schweizer Presserat Beschwerde gegen sämtliche Zeitungsredaktionen, die das Interview publiziert hatten. Dieser beurteilt Fälle aus den Medien aus berufsethischer Perspektive. Die Begründung der Unia: Balmer dürfe im Interview unwidersprochen «falsche Tatsachenbehauptungen» machen. Und schwere Vorwürfe erheben, ohne dass Journalist Maurer es für notwendig erachtet habe, die Unia und/oder Alleva mit den Vorwürfen zu konfrontieren.

Jetzt hat der Presserat entschieden und gibt der Unia in der Hauptsache recht. Er schreibt: «Mit diesen Vorwürfen hätte die Redaktion Alleva und die nationale Unia-Geschäftsleitung vor der Publikation zwingend konfrontieren müssen.» Das ist eine klare Rüge an CH Media. Eine solche Konfrontation (Anhörungspflicht) bei schweren Vorwürfen verlangt die «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalisten und Journalistinnen», der Journalismus-Codex des Presserates, in Ziffer 3. Diese hätten die Redaktionen klar verletzt.

### SCHIMMEL & SCHIKANE

Ebenfalls um die Verletzung dieses Anhörungsrechts geht es unter anderem im zweiten Presseratsentscheid. Er steht in keinem Zusammenhang mit dem ersten. Diesmal reichte die Callcenter-Betreiberin MS Direct AG beim Presserat Beschwerde gegen die Berichterstattung von work ein. Am 15. November hatte diese Zeitung einen kritischen Artikel über die Baselbieter Firma publiziert. Mit dem Titel: «Schimmel, Schikane und schäbige Löhne» ([rebrand.ly/schimmel-schickane](http://rebrand.ly/schimmel-schickane)). Im Artikel schreibt work-Redaktor Christian Egg, dass «die Skandalfirma MS Direct für Coop ein Callcenter in Muttenz BL» betriebe. Und dort «grusige Zustände» herrschten. Es kommen mehrere ehemalige Mitarbeitende anonym zu Wort, die diese Zustände beschreiben und die niedrigen Löhne kritisieren.

work hatte MS Direct vor der Publikation detailliert mit den einzelnen Vorwürfen konfrontiert. Die Firma ging inhaltlich allerdings nicht darauf ein. Sie bestritt die Vorwürfe auch nicht, sondern leitete sie lediglich an ihre Sozialpartnerin, die Gewerkschaft Syndicom, weiter. Mit dem Hinweis, sie werde sich mit work in Verbindung setzen. Über diese seltsame Reaktion einer Firma informierte work im Kasten zum Artikel. Dennoch warf MS Direct work vor, unwahre Behauptungen verbreitet, wichtige Informationen unterschlagen und die Firma nicht genügend angehört zu haben. Und damit die «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalisten und Journalistinnen» gleich vielfach verletzt zu haben. Stimmt nicht, urteilt jetzt der Presserat und weist die Beschwerde von MS Direct vollumfänglich ab.

# Neue Statistiken aus dem Vereinigten Königreich Corona: Pflegende leben am gefährlichsten

**Pflege, Lebensmittelindustrie und Securitybranche: Mitarbeitende haben dort ein besonders hohes Risiko, sich mit Corona zu infizieren.**

CHRISTIAN EGG

Die meisten Ansteckungen passieren in der Schweiz innerhalb der Familie. Dann folgen: Einreisen aus dem Ausland, Bekannte und Nachbarn sowie der Arbeitsplatz. Zwischen 5 und 10 Prozent aller bekannten Fälle haben sich bei der Arbeit angesteckt. Das zeigen erste Zahlen der Kantone (siehe Text unten). Doch sie geben keine Auskunft darüber, welche Berufsleute in welchen Branchen besonders gefährdet sind.

Anders Daten aus England und Wales. Das statistische Amt hat dort alle Corona-Todesfälle von März bis Mai nach Berufen ausgewertet. Und kam zum Schluss: Betrachtet man das Risiko, an Corona zu sterben, sind für Frauen die Pflegeberufe die gefährlichsten. Mehr als doppelt so viele wie im Schnitt aller Berufe starben am Virus. Zwei Risikofaktoren kämen dort zusammen, so die britischen Statistiker: der regelmässige Kontakt mit Krankheiten und die körperliche Nähe zu anderen Menschen.

### ANRUF DER LUNGENLIGA

Bei der Arbeit hat es auch die Pflegerin Carla Weiss\* (58) erwischt. Weil im Tertianum-Altersheim, in dem die Ostschweizer Pflegerin arbeitet, eine Seniorin am Coronavirus erkrankte, wurden alle Mitarbeitenden und alle Bewohnerinnen und Bewohner getestet. Weiss erzählt: «Am nächsten Morgen kam die Chefin zu mir und sagte: Du musst sofort heim, du hast Corona!»

\* Name geändert



**RISIKO-JOB:** In Pflegeberufen starben mehr als doppelt so viele Frauen an einer Covid-19-Infektion als im Schnitt aller Berufe. FOTO: KEYSTONE

Krank hatte sich Weiss nicht gefühlt. Doch klar: Wer das Coronavirus trägt, darf nicht im Altersheim arbeiten. Also ging die Pflegerin in Quarantäne. Alle zwei Tage rief die Lungenliga an und erkundigte sich nach ihrem Gesundheitszustand. Trotzdem: «Irgendwann hatte ich alle Kreuzworträtsel gelöst, allen Bekannten ein SMS geschrieben, und das TV-Programm hing mir zum Hals raus.»

230 000 Gesundheitsfachkräfte hätten sich weltweit bisher mit Corona angesteckt, weiss Amnesty International. Mehr als 3000 von ihnen sind der Krankheit erlegen.

### RISIKOBRANCHEN

Als besonders gefährdet gelten auch Mitarbeitende in Lebensmittelabriken. Weil sie auf engem

Raum arbeiten, oft unter sehr kühlen Temperaturen, was dem Virus gut bekommt. So wurden in einer

### Die Sicherheitsbranche weigert sich bis heute, ein Schutzkonzept zu erarbeiten.

Sandwichfabrik in der britischen Stadt Northampton Mitte August fast 300 Arbeiterinnen und Arbeiter positiv auf Corona getestet. Und in mehreren Schlachthöfen in Deutschland wütete Corona ebenfalls. Allein 1500 Infektionen zählte die Billigfleisch-Fabrik von Ex-Schalke-Präsident Clemens Tönnies (work berichtete: [rebrand.ly/schweinesystem](http://rebrand.ly/schweinesystem)).

Gross ist das Risiko auch in der Sicherheitsbranche. Das zei-

gen ebenfalls die Zahlen aus Grossbritannien. Viermal so viele Männer wie im Schnitt aller Berufe starben dort an Corona.

Arnaud Bouverat, bei der Unia zuständig für die Securitybranche, erstaunt das nicht. Mitarbeitende seien dort oft in (zu) nahem Kontakt mit anderen Menschen. Dazu komme die «fahrlässige» Haltung der Arbeitgeber. Während hierzulande etwa Detailhandel, Gastgewerbe oder Baubranche sich grossmühen, ihre Mitarbeitenden zu schützen, weigere sich der Arbeitgeberverband bis heute, ein Schutzkonzept für die Branche zu erarbeiten. Bouverat: «Einige Firmen haben ihren Mitarbeitenden sogar verboten, während der Arbeit Schutzmasken zu tragen.»

## Corona-Zahlen: Jammerkantone versagen bei Datenerhebung

Ende Februar gab es den ersten Corona-Fall in der Schweiz. Seither sind 38 760 Menschen am Virus erkrankt (Stand 19. August). Doch die zentrale Frage, wo sie sich angesteckt haben, ist bisher nur bei gut 1000 Patienten

### Jeder Kanton sammelt seine Daten, wenn überhaupt, mit eigenen Informatiksystemen.

tinnen und Patienten bekannt. Obwohl dies sowohl das Bundesamt für Gesundheit (BAG) als auch die Kantone erfassen sollten. Warum klappt das nicht besser?

**GRUND 1:** Das BAG-System ist lückenhaft. Eigentlich sollte das Amt von jedem Arzt und jeder Ärztin, die Coronakranke behandeln, ein Meldeformular erhalten. Bis Mitte Juli war da

aber kein Platz für den Ort der Ansteckung vorgesehen. Seither hat das BAG gerade mal 793 Formulare bekommen. In gut 300 davon war der Ort der Ansteckung nicht ausgefüllt. BAG-Sprecher Yann Hulmann: «Noch nicht alle Ärzte sind es gewohnt, die Patienten danach zu fragen. Wir rechnen damit, dass die Angaben in nächster Zeit besser werden.»

**GRUND 2:** Nachdem die Kantone zuerst laut gejammert haben, sie wollten ihre Kompetenzen in Sachen Corona-Massnahmen vom Bund zurück, haben sie jetzt Mühe beim Contact-Tracing. Der Kanton Waadt konnte in 70 Prozent der Fälle nicht eruieren, wo sich eine Person angesteckt hatte. Der Kanton Luzern schreibt work: «Leider haben wir die Daten in dieser Form nicht.» Die Kantone Thurgau und Tessin ha-

ben auf die Anfrage von work gar nicht erst reagiert.

**GRUND 3:** Der Kantonlugeist. Jeder Kanton sammelt seine Daten, wenn überhaupt, mit eigenen Informatiksystemen und nach unterschiedlichen Kriterien. Beispiel: Im Kanton Zug sind 9 Prozent aller Coronafälle in einer «Institution» (Pflegeheim, Asylzentrum, Strafanstalt) aufgetreten. Bei anderen Kantonen fehlt diese Kategorie. So sind die Daten der Kantone untereinander nur schwer vergleichbar. Und vor allem: Es fehlt eine zentrale Stelle, welche die Daten aus den Kantonen sammelt und auswertet.

Das BAG macht jetzt den Kantonen Minimalvorgaben, welche Angaben sie erheben sollen. Und ab September wird es

dann auf die Zahlen der Kantone zumindest zugreifen können. Mehr als sechs Monate nach dem ersten Coronafall. (che)



FOTO: KEYSTONE

# Die Krise in der Schweizer Industrie begann schon vor Corona Der brutalste Crash seit 1929



**DEN FADEN VERLOREN:** Die Textilfirma Lantal steckt tief in den roten Zahlen. 75 Stellen sollen abgebaut werden. FOTO: KEYSTONE

## Corona legt die Wirtschaft lahm. Doch längst nicht an allem ist das kleine Virus schuld.

RALPH HUG

Es ist die Stunde der ruchlosen Manager. Sie nutzen die Corona-Krise, entlassen Mitarbeitende und kassieren zusammen mit den Aktionären ab. Zum Beispiel Schindler: Der Liftbauer aus Ebikon LU will weltweit 2000 Stellen streichen, 200 in der Schweiz. Noch im Lockdown verteilte Schindler 431 Millionen Franken, 190 Millionen davon allein an die Patronfamilien Schindler und Bonnard. Dasselbe Trauerspiel bei Sulzer in Winterthur: Im

### «Es sieht teilweise düster aus.»

UNIA-INDUSTRIECHEF MANUEL WYSS

April gab es 137 Millionen Franken für die Besitzenden, davon 67 Millionen für den russischen Oligarchen Victor Vekselberg. Und prompt streicht jetzt Sulzer Chemtech 55 Stellen in Winterthur. Angeblich wegen Corona. Tatsache ist: Das Virus lässt die Wirtschaft stottern. Aber es wird auch genutzt, um Kapitalinteressen knallhart gegen die Mitarbeitenden durchzusetzen. Manuel Wyss, Leiter MEM-Industrie bei der Unia, sagt: «Es geht überhaupt nicht, dass Firmen, die Gewinne ausschütten, gleichzeitig Leute auf die Strasse stellen!»

### AUTOZULIEFERER FLOPPEN

Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaftskrise massiv verschärft. Unia-Mann Wyss: «Wir er-

leben jetzt den brutalsten Crash seit der grossen Depression von 1929.» Teile der Industrie seien schon seit letztem Herbst in der Krise. Dies, obwohl die Zentralbanken die Finanzmärkte seit zwei Jahren mit Milliardengeldern fluten, um die Konjunktur anzukurbeln. Vergeblich. Wyss rechnet bis Jahresende mit einer weiteren Entlassungswelle: «Es sieht teilweise düster aus.» So haben Unternehmen wie Straumann, OC Oerlikon oder Landis+Gyr Stellenstreichungen angekündigt. Am massivsten solche Firmen, die mit der darbenenden Fliegerei verbunden sind. Etwa SR Technics, Gate Gourmet oder Swissport. Aber auch die Uhrenindustrie erlebt massive Einbrüche.

Allerdings geht es nicht allen Industriefirmen schlecht. Die Pharmakonzerne, aber auch Teile der Chemie machen weiterhin gute Gewinne. Hingegen haben die Autozulieferer in der Schweiz mit ihren insgesamt 34 000 Mitarbeitenden seit längerem grosse Mühe. So stand das Werk von Autoneum im Rheintal wegen der Krise der deutschen Autobauer wochenlang still. Ein grober Paukenschlag erfolgt jetzt am Bodensee: In Steinach SG hat der wenig bekannte US-Konzern TE Connectivity die Schliessung des Betriebs angekündigt. Der Konzern stellt Steckverbindungen und Sensoren her, macht 13 Milliarden Dollar Umsatz und beschäftigt weltweit 80 000 Mitarbeitende. Innert Jahresfrist werden 250 Beschäftigte auf die Strasse gestellt, eine der grössten Massenentlassungen der letzten Monate. Laut Unia-Regioleiterin Anke Gähme hat die Geschäftsleitung die Gewerkschaften konsequent abgeblockt: «Es war wie eine Blackbox. Im Betrieb

## Angekündigte Entlassungen in der Schweizer Industriebranche

Firma	Anzahl i. d. R. Beschäftigter	Angekündigte Entlassungen
<b>Ewag AG</b> , Werkzeugschleifmaschinen, Etziken SO	133	78
<b>Mikron SA</b> , Präzisionsmaschinen, Agno TI	340 (Bereich Maschinenbau)	110
<b>Meggitt SA</b> , Flugzeugkomponenten, Freiburg	504	70
<b>Tesa Sarl</b> , Messgeräte, Renens VD	280	50+12 ausserhalb von Renens
<b>Life Safety Distribution</b> , Gasdetektoren, Hegnau ZH	100	38
<b>Forteq Derendingen AG</b> , Kunststoffprodukte, Derendingen SO	33	28
<b>Saia-Burgess Controls SA</b> , Heizungssteuerungen, Murten FR	119 (97 fest angestellt, 22 temporär)	53
<b>Crypto International AG</b> , Verschlüsselungs- und Dechiffriergeräte, Steinhausen ZG	85	83
<b>INTEGRA Metering AG</b> , Wasser- und andere Zähler, Therwil BL	125 (davon 76 dem GAV MEM unterstellt)	40 (davon 21 GAV-Unterstellte)
<b>Baumann Federn AG</b> , Federn und Stanzteile, Ermenswil SG		
<b>Sulzer Chemtech AG</b> , Komponenten für die Öl- und Gasindustrie, Winterthur	281	55
<b>Lantal</b> , Bezugstoffe und Textilien, Langenthal BE	258 (Langenthal und Melchnau)	75

regiert die Angst.» Intern sagen Beschäftigte, dass das Werk sehr wohl wettbewerbsfähig sei. Über einen angeblichen Sozialplan schweigt sich das Management aus. Von den Entlassungen sind auch Lehrlinge betroffen.

Noch tiefer in der Krise steckt die Textilindustrie. Traditionsbetriebe wie die Glarner Jenny Fabrics oder Mitlödi Textildruck geben die Produktion auf (work berichtete). Teils bedingt durch Corona, da wichtige Absatzmärkte wie China oder Italien eingebrochen sind. Der jüngste Fall ist die Lantal Textiles AG im bernischen Langenthal mit 258 Mitarbeitenden. Diese produzieren Bezugstoffe für

Flugzeuge und Bahnen auf der ganzen Welt. CEO Urs Rickenbacher will mit Verweis auf die global lahmgelegte Luftfahrt insgesamt 75 Stellen abbauen.

### SCHÖNFÄRBEREI

Der Branchenleiter Textilindustrie bei der Unia, Berthold Büscher, bringt zwar Verständnis für die Probleme auf: «Klar ist es schwierig, aber es darf keine Kündigung ohne Anschlusslösung geben.» Bis Ende August läuft die Konsultationsfrist. Die Unia unterstützt die Betriebskommission und hat auch Vorschläge zur Rettung möglichst vieler Jobs ausgearbeitet. Die Lantal Textiles AG untersteht dem Gesamtarbeits-

vertrag der Textilindustrie und ist ihr bedeutendster Betrieb.

Die Entlassungswelle rollt also: Beim Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) sind allein zwischen März und Juni 139 Meldungen von Massenentlassungen eingegangen. Betroffen sind an die 8000 Mitarbeitende. Dennoch macht das wirtschaftsnahe Bundesamt weiter auf Schönfärberei. Boris Zürcher, Leiter der Sektion Arbeit, liess kürzlich gegenüber den Medien verlauten, er sehe keine Entlassungswelle im Herbst. Dies entgegen allen Ankündigungen und angesichts derzeit rund 150 000 Arbeitsloser in der Schweiz. Braucht der Mann eine neue Brille?

### ENTLASSUNGSWELLE: WAS TUN?

#### DIE UNIA FORDERT:

Noch vor den Sommerferien trafen sich Fachleute der Unia und des Gewerkschaftsbunds. Sie diskutierten, wie man die Konjunktur stützen und Entlassungen vermeiden könnte. Die von der Unia verlangte Verlängerung der Kurzarbeit von 12 auf 18 Monate ist inzwischen Tatsache.

**FONDS.** Schon länger fordert die Unia einen Produktionsfonds mit 30 Milliarden Franken: Gelder aus Pensionskassen, die von der Nationalbank garantiert werden, sollen Innovationen und zukunftssträchtige Investitionen im ökosozialen Umbau ermöglichen. Die Forderung bleibt aktuell.

**INNOVATION.** Weiter braucht es einen besseren Transfer von Know-how durch eine Innovationsdatenbank. Die Exportrisikoversicherung soll ausgebaut werden. Der Bundesrat hat dazu soeben Erleichterungen beschlossen. Schliesslich muss die Aus- und Weiterbildung gefördert werden. Etwa durch Transferorganisationen im Falle von Jobabbau. Oder den Berufsumstieg erleichtern wie mit dem Modell «Passe-relle», das die Unia ausgearbeitet hat (work berichtete). Dieses ist bereits im Gesamtarbeitsvertrag der Maschinenindustrie verankert. Eine neue Idee ist die Schaffung einer Behörde für eine nachhaltige industrielle Entwicklung. Das Ziel wäre die Erhaltung eines Industrieanteils in der Schweiz von 20 Prozent. (rh)



BANGLADESH: Textilarbeiterinnen und -arbeiter fordern in Dhaka, dass sie trotz Corona ihren Lohn erhalten. Bangladesh gehört zu den 10 gefährlichsten Ländern für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.



FRANKREICH: Hunderttausende wehren sich gegen die Rentenabbaupläne von Präsident Emmanuel Macron. Er antwortete mit Polizeigewalt und Tränengas.



KOLUMBIEN: Die Polizei verhaftet einen Demonstranten an einem Lehrerstreik in der Hauptstadt Bogotá.

## Haarsträubende Bilanz: Entlassungen, willkürliche Verhaftungen und Mord

**Auch die Schweiz tritt sie regelmässig mit Füßen: die Rechte der Arbeitnehmenden. Immerhin werden aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hier nicht grad ermordet.**

MICHAEL JOSÉE KUHNS Mickael Béday (28) will eine Betriebskommission auf die Beine stellen. Und in der Uhrenfirma Dubois Dépraz SA im Vallée de Joux dafür sorgen, dass der Gesamtarbeitsvertrag auch bei Überstunden korrekt angewendet wird. Aber das missfällt der Direktion. Sie entlässt den Unia-Gewerkschafter aus fadenscheinigen Gründen am 24. Juni 2019 (work berichtete).

### TODESSCHUSS NACH FEIERABEND

Der Fall Béday ist nur einer von mehreren Fällen antigewerkschaftlicher Kündigungen. Und auch er war missbräuchlich. Denn Arbeitnehmende dürfen nicht entlassen werden, bloss weil sie ihre Rechte wahrnehmen. Sie gewerkschaftlich zu organisieren («Koalitionsfreiheit») gehört zu unseren Grundrechten. Voraussetzung für dieses Recht: der Schutz von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern vor Gewalt, Repression und missbräuchlicher Entlassung. Darum sind die Gewerkschaftsrechte in zahlreichen völkerrechtlichen Abkommen verbrieft, unter anderem in den acht Grundpfeiler-Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) der Uno in Genf. 135 Länder haben diese Konventionen unterschrieben, darunter auch die Schweiz.

Und trotzdem halten sich viele Länder nicht daran. Auch die Schweiz nicht. Das zeigt das neueste Länderranking\* des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC). Jährlich listet dieser auf, wer die Rechte der Arbeitnehmenden mit Füßen tritt. Eine haarsträubende Bilanz: 85 Prozent der Staaten weltweit verstossen gegen das Streikrecht. 2014 waren es noch 63 Prozent gewesen. 80 Prozent aller Länder haben das Recht auf kollektive Verhandlung eingeschränkt. Gewalt und Repression gegen Arbeitnehmende und Gewerkschaften sind in 52 Ländern an der Tagesordnung. Willkürliche Verhaftungen in 64 Ländern. Und in 11 Staaten werden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sogar ermordet.

So wie Alexis Vergara in Kolumbien. Als er am 10. März 2020 sein Büro am Feierabend verlässt, schießt ihn ein Unbekannter brutal nieder. Vergara organisierte die Arbeitenden in der kolumbianischen Zuckerrohrindustrie. Und setzte sich für ihre Rechte ein. Er ist nur einer von 14 ermordeten kolumbianischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern innerhalb eines Jahres. Das südamerikanische Land gehört denn auch zu den 10 gewerkschaftsfeindlichsten Ländern der Welt. Zusammen mit Brasilien, Ägypten, Honduras, Kasachstan, der Türkei, den Philippinen, Simbabwe und Bangladesh. Dort streikten zwischen Dezember 2018 und März 2020 wiederholt bis zu 50 000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter für bessere Löhne. 750 von ihnen wurden von ihren Chefs sofort gefeuert. Tausende von der Polizei verhaftet und geschlagen. Bis im Februar 2019 hatten 11 600 Búezzerinnen und Búezzer ihren Job verloren, weil sie sich für ihre Rechte gewehrt hatten.

NARENDRA MODIS ANGRIFF Neu aufgerückt in die Liga der grössten Gewerkschaftsfeinde ist Indien. Im Januar 2019 streikten dort 200 Millionen Taxifahrer, Landarbeiterinnen, Strassenverkäuferinnen, Bauern und Bäuerinnen sowie AKW-Angestellte gegen Premierminister Narendra Modi. Es war der grösste Streik, den der Subkontinent je gesehen hatte. Die Hauptforderung: Rücknahme des von Modi regierender hindu-nationalistischer BJP-Partei verabschiedeten neuen Gewerkschaftsgesetzes. Das die Organisation der Beschäftigten in den Betrieben erheblich erschwert. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die beteiligten Gewerkschaftsver-

bände unter anderem einen nationalen Mindestlohn von umgerechnet 210 Franken und eine Mindestrente von 40 Franken. Die Leiharbeit soll auf 12 Monate beschränkt werden, und die Regierung soll ihre Privatisierungspläne in der Industrie und bei den Eisenbahnen stoppen.

Das ITUC-Ranking sieht in Modis forcierte neoliberaler Politik denn auch die Hauptursache für die Verschlechterung der Situation der indischen Arbeiterinnen und Arbeiter: Sie hebt den Arbeitnehmerschutz und die Rechte der Gewerkschaften systematisch aus. Dazu kommt brutalste Repression der Polizei. Ihr sind die Arbeitnehmenden und Gewerkschaften in insgesamt 41 Ländern weltweit ausgesetzt. Auch in Europa.

### EMMANUEL MACRONS PRÜGELPOLIZEI

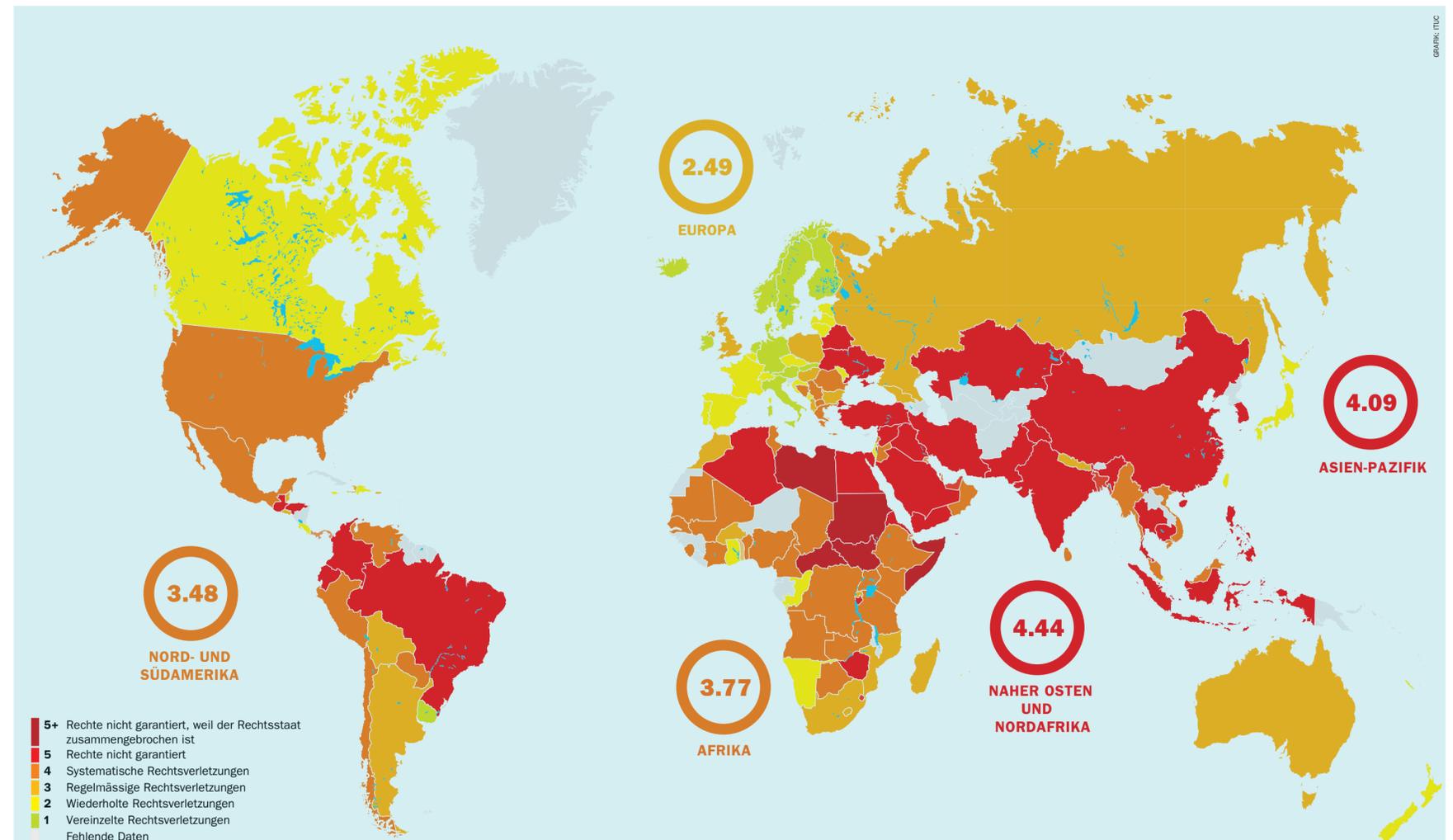
Gegen die Rentenabbaupläne von Präsident Emmanuel Macron wehren sich in Frankreich Hunderttausende. In der längsten Streikbewegung seit 1968. Und die Regierung antwortet darauf mit Repression und brandgefährlichen Tränengaspatarden. Prügeln die Polizei- und Armee-Einheiten haben inzwischen Dutzende von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern schwer verletzt. Verhaftungen sind an der Tagesordnung. Sogar die Frau des Generalsekretärs der grössten Mediengewerkschaft musste kürzlich mit auf die Polizeistation und wurde dort festgehalten. Dies, weil sie in Paris friedlich gegen Macrons unsoziale Politik protestiert hatte. Dass in diesem aufgeheizten politischen Klima auch die Liste der gewerkschaftsfeindlichen Entlassungen täglich länger wird, erstaunt nicht. Frankreich gehört inzwischen zu den 26 Ländern weltweit, die die Rechte der Arbeitnehmenden (regelmässig verletzen). Zusammen mit Jamaica, Costa Rica, der Republik Kongo, Namibia usw. Und der Schweiz! Der Fall von Unia-Mann Béday lässt grüssen.

\* Der ganze Bericht in Englisch: [rebrand.ly/ituc2020](http://rebrand.ly/ituc2020)

Neues Ranking nennt die grössten Gewerkschaftsfeinde beim Namen:

# Das sind die schlimmsten Länder für die Arbeitnehmenden

Das Länderranking 2020 des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) zeigt weltweit, wo die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmenden mit Füßen getreten werden. Untersucht und benotet wurden 144 Länder. Dabei bedeutet Hellgrün die beste Note, Dunkelrot die schlechteste. Die Schweiz ist gelb und liegt dazwischen.



## DAS SIND DIE 10 SCHLIMMSTEN LÄNDER FÜR ARBEITNEHMENDE

<p><b>Bangladesh</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewalt</li> <li>• Massenentlassungen</li> <li>• Rückschritte in der Gesetzgebung</li> </ul>	<p><b>Brasilien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Mord</li> <li>• Drohungen und Einschüchterungen</li> <li>• Brutale Unterdrückung von Streiks</li> </ul>	<p><b>Kolumbien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Morde und extreme Gewalt</li> <li>• Zerschlagung von Gewerkschaften und Entlassungen</li> </ul>	<p><b>Ägypten</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schwere Hindernisse für die Zulassung von Gewerkschaften</li> <li>• Verhaftungen während Streiks</li> <li>• Staatliche Repression</li> </ul>	<p><b>Honduras</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Morde und extreme Gewalt</li> <li>• Zerschlagung von Gewerkschaften und Entlassungen</li> </ul>
<p><b>Indien</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Brutale Unterdrückung von Streiks</li> <li>• Massenentlassungen</li> <li>• Rückschritte in der Gesetzgebung</li> </ul>	<p><b>Kasachstan</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Staatliche Repression</li> <li>• Schwere Hindernisse für die Zulassung von Gewerkschaften</li> <li>• Verfolgung von Gewerkschaftsführerinnen und -führern</li> </ul>	<p><b>Philippinen</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewalt und Mord</li> <li>• Willkürliche Verhaftungen</li> <li>• Zerschlagung von Gewerkschaften</li> </ul>	<p><b>Türkei</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entlassungen und Diskriminierung</li> <li>• Verhaftungen und Strafverfolgung von Gewerkschaftsführerinnen und -führern</li> </ul>	<p><b>Simbabwe</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Strafverfolgung von Gewerkschaftsführerinnen und -führern</li> <li>• Gewalt und Drohungen</li> </ul>

\* Die Verstösse werden jedes Jahr von April bis März erfasst. Jedes Land wird mit Hilfe einer Liste von 97 Indikatoren analysiert. Die Indikatoren beruhen auf den IAO-Übereinkommen und der einschlägigen Rechtsprechung sowie auf bekannten Verstössen gegen die Arbeitnehmendenrechte.

## Warenhaus Manor kündigt 476 Mitarbeitenden Mann, Manor!

Während der Manor-Besitzerclan auf einem Milliardenvermögen sitzt, folgt erneut ein Personal-Kahlschlag – mit abenteuerlicher Begründung.

JONAS KOMPOSCH

Fünf Entlassungswellen mit mindestens 800 gestrichenen Arbeitsplätzen seit 2015 – so lautete die Abbaubilanz von Manor bisher. Doch nun holt das grösste Schweizer Warenhaus schon wieder zum Kahlschlag aus. Diesmal verlieren 385 Mitarbeitende in Warenhäusern schweizweit und 91 Mitarbeitende am

**Die verbleibenden Mitarbeitenden müssen jetzt eine Stunde länger arbeiten.**

Hauptsitz in Basel ihre Stelle. Das teilte Manor am Montag mit. Und

zwar in einer langen Medienmitteilung, die nur so von Optimismus und Business-Sprech strotzt. Von «Agilität» ist da die Rede, von «strategischer Transformation» und von «Kostenoptimierungsmassnahmen».

Was letztere aber bedeuten, steht erst ganz am Schluss des Schreibens: eine Massentlassung mitten in der Coronakrise. Hingegen kein Wort ist darüber zu lesen, was den bleibenden 8900 Mitarbeitenden droht. Sie sollen nämlich neu 42 statt wie bisher 41 Stunden pro Woche arbeiten – zum alten Lohn. Das geht aus einem internen Rundbrief hervor, der work vorliegt.

Für Anne Rubin, Detailhandelsverantwortliche der Unia, sind weder die Kündigungen noch eine höhere Wochenarbeitszeit zu verantworten. Sie sagt: «Wir bekamen schon bisher sehr viele Klagen vom Verkaufspersonal. Die-



AUSVERKAUFT! Manor stellt fast 500 Mitarbeitende auf die Strasse.

ses steht massiv unter Druck und hat kaum mehr Zeit für die Kundenbetreuung.» Hinzu komme die verbreitete Anhäufung von Überstunden. Mit der neuen 42-Stunden-Woche könne Manor die Überstundenguthaben der Mitarbeitenden ganz einfach «weschlucken», so Rubin. Und damit weitere Lohnkosten sparen.

### CEO VERLANGT «SOLIDARITÄT»

Manor-CEO Jérôme Gilg (45) begründet das erhöhte Arbeitssoll freilich anders, aber nicht weniger skandalös: Die Erhöhung erfolge, «um den Umfang des Stellenabbaus so gering wie möglich zu halten». Das schrieb er in seinem Rundbrief an die «geschätzten Mitarbeitenden». Man reibt sich die Augen. Hängt es jetzt vom Verkaufspersonal ab, wie viele Jobs noch verloren gehen? Genau das jedenfalls scheint die Überlegung der Manor-Manager zu sein. Denn mit dieser Logik fiele ihnen ein perfides Druckmittel in die Hände. So sagte das Chef Gilg der Belegschaft zwar nicht. Der Betriebswirt mit HSG-Diplom wünscht sich von ihr aber «die nötige Solidarität».

Solidarisch könnten sich allerdings auch die Genfer Familien Maus und Nordmann zeigen. Ihnen gehört die «Maus Frères Holding», die Marken wie Jumbo, Lacoste oder Manor besitzt. Ein einträgliches Geschäft: Der Maus-Nordmann-Clan verfügt gemäss Bilanz über ein Vermögen von bis zu 3,5 Milliarden Franken.

Die Wackelrenten-Initiative hatte keine Chance. Aber:

# Schon rollt der nächste Angriff auf unsere Renten

**Schiffbruch für die Wackelrenten-Fans: Sie bekamen nicht genügend Unterschriften zusammen. Doch die Renten-Kahlschläger machen einfach weiter.**

CLEMENS STUDER

Josef Bachmann war Pensionskassen-Manager. Und musste 2017 vom Bundesgericht gestoppt werden, weil er gesetzeswidrig Wackelrenten eingeführt hatte. Also Renten, die nicht mehr garantiert sind, sondern gekürzt werden können, wenn die Börse crasht oder sich die Pensionskassen sonst wie verzocken.

Klar können Renten auch steigen, wenn das Börsencasino brummt. Das nützt allerdings nur Sehrgut- bis Bestverdienenden. Dabei sind sie sowieso schon bestens versorgt. So wie die Versicherten der von Bachmann verwalteten PwC-Pensionskasse. PwC Schweiz ist ein Teil des internationalen Netzwerkes von PricewaterhouseCoopers. Dieses bietet «Steuerberatung». Das internationale PwC-Netzwerk half

**Die Wackelrente ist eine fixe Idee der rechten Parteien von SVP bis GLP.**

etwa dem US-amerikanischen Baumaschinenkonzern Caterpillar dabei, via die Schweiz den Vereinigten Staaten Milliarden an Steuern vorzuenthalten.

### DIE ABBAU-TURBOS

Das Modell Wackelrente ist eine fixe Idee der rechten Parteien von SVP bis GLP. Und etlicher Journalistinnen und Journalisten in den



AUF TAUSENDERN GEBETTET sind im Ruhestand vor allem Sehrgut- bis Bestverdienende. Hingegen haben Frauen häufig tiefe Renten, weil sie während ihres Erwerbslebens weniger verdienen als Männer. FOTO: KEYSTONE / MONTAGE: WORK

Aargauer und Zürcher Zentralredaktionen. Und taucht wie das Monster von Loch Ness regelmässig wieder in den Zeitungsspalten auf. Nicht nur im Sommerloch. Deswegen konnte Josef Bachmann 2019 auf breite publizistische Schützenhilfe zählen, als er seine Wackelrenten-Initiative lancierte. Offizieller Titel: «Für eine generationengerechte Altersvorsorge (Vorsorge Ja – aber fair)».

Genützt hat es ihm nichts. Am 9. August verkündete Bachmann den Abbruch der Unterschriftensammlung. Genauso wenig wie die grosse Mediensympathie haben Bachmann die üblichen Verdächtigen im Initiativkomitee genützt. Zum Beispiel GLP-Mitgründer Thomas Weibel. Der ist immer dabei, wenn es um Sozialabbau geht. So

hatte er einen Wackelrenten-Vorstoss eingereicht, der am Schluss nur deshalb scheiterte, weil es vielen bürgerlichen Nationalrätinnen und Nationalräten im vergangenen Sommer zu heikel wurde, dieser Abbauvorlage zuzustimmen. Es war schliesslich kurz vor den Wahlen.

### NEUER ANLAUF

Im September wird der Ständerat über eine AHV-Reform beraten. Im Vorfeld haben sich jetzt Vertreterinnen und Vertreter von SVP bis GLP zusammengetan. Sie wollen eine Vorlage durchs Parlament bringen, die das Frauenrentenalter auf 65 Jahre erhöht. Rentenalter-Erhöhungen sind eine weitere fixe Idee der rechten Parteien. Und im Volk meistens chancenlos. Auch deswegen, weil gerade die Frauen

während des Erwerbslebens beim Lohn massiv benachteiligt werden. Und deshalb auch mit tiefen Renten im Alter leben müssen. Der Gewerkschaftsbund (SGB) hat bereits energischen Widerstand gegen die rechten Pläne angekündigt.

SGB-Chef Pierre-Yves Maillard hat schon angekündigt: «Wir werden diesen Angriff auf die AHV bekämpfen. Wir brauchen eine Stärkung der AHV, keinen Abbau. Gerade, um den Rentenrückstand der Frauen zu beseitigen.»

Unter Beschuss der rechten Parteien von SVP bis GLP steht auch der von den Sozialpartnern im vergangenen Sommer ausgearbeitete BVG-Kompromiss, der vom Bundesrat unterstützt wird. Kurz: Die Rentenklauer probieren's immer wieder.

## Kanton Bern: Referendum gegen mehr Sonntagsarbeit Am Sonntag chrampfen? Nein danke!

**Schon wieder wollen die Rechten in Bern Sonntagsverkäufe durchstieren. Doch die Gewerkschaften halten mit einem Referendum dagegen.**

CHRISTIAN EGG

Viele Modeläden machen gerade den Umsatz des Jahres. Nach dem Lockdown ist die Shopping-Lust mit Wucht zurückgekehrt. Doch die Verkäuferinnen und Verkäufer sind

**«Jetzt müssen zuerst die Löhne im Verkauf ansteigen.»**

TABEA RAI, UNIA BERN

meist noch in Kurzarbeit. Die Folgen: noch weniger Personal im Laden, noch mehr Stress für die Verbleibenden.

**KEIN PRIVATLEBEN.** Der rechten Mehrheit im Berner Kantonsparlament ist das egal. Kurz vor der Sommerpause drückte sie

eine Ausweitung der Sonntagsverkäufe durch. Statt bisher an zwei soll das Verkaufspersonal neu an vier Sonntagen im Jahr zur Arbeit antraben.

Nicht mit uns, sagen die Gewerkschaften. Und sammeln Unterschriften für ein Referendum. Tebea Rai von der Unia Bern stellt klar: Die Mitarbeitenden seien schon jetzt an der Belastungsgrenze. «Auch wer nur einen 50-Prozent-Vertrag hat, muss oft an sechs Tagen pro Woche ein paar Stunden anwesend sein.» Für Privatleben oder Familie bleibe da oft keine Zeit mehr.

Fast jeden Tag war die Unia-Frau in den letzten fünf Wochen mit den Unterschriftenbogen unterwegs. «Sehr gut» laufe das Sammeln bisher, sagt sie: «Viele Menschen sind der Meinung, jetzt müssten zuerst die Löhne im Verkauf ansteigen, bevor man über längere Öffnungszeiten diskutiere. Andere wollen den Sonntag als Ruhetag bewahren und finden, es brauche nicht



SONNTAG IST RUHETAG: Demo des Verkaufspersonals auf dem Bundesplatz in Bern. FOTO: UNIA

mehr Shopping und Konsum, sondern eher weniger.»

**ZWÄNGELEI.** Pikant: Erst 2017 scheiterte die Berner Regierung mit dem Vorhaben der Sonntagsverkäufe. Damals wollte sie die untere Altstadt zur Tourismuszone erklären und den Läden erlauben, jeden Sonntag of-

fen zu haben. Doch die meisten Ladenbesitzer und sogar die Innenstadtorganisation Berncity waren dagegen. Tenor: Das würde nichts bringen und käme den kleinen Läden zu teuer. Darauf verzichtete die Regierung auf das Gesetz. Nur, um 2019 die Sonntagsverkäufe wieder aus der Schublade zu holen.

# Jubiläumsjahr: 50 Jahre Schweizer Frauenstimmrecht

## Jeder Frau ihre Stimme

**Sie kamen spät, aber sie kamen. Nach jahrzehntelangem Kampf zogen die ersten Frauen 1971 ins Bundesparlament ein. In wenigen Monaten wird das Schweizer Frauenstimmrecht also 50! work feiert aber schon jetzt.**

PATRICIA D'INCAU

Am 3. März 1957 begann, was bald nicht mehr zu stoppen war. Seit Jahrzehnten forderten Frauen im ganzen Land ihre Rechte ein. Und jetzt legte Katharina Zenhäusern in der kleinen Walliser Gemeinde Unterbäch als erste Schweizerin ihren Stimmzettel in die Urne.

Bei der Abstimmung ging es darum, ob Frauen in Zukunft Zivilschutz leisten müssten. Der Gemein-

**Im Februar wird Frauengeschichte an Berns Fassaden projiziert.**

derat von Unterbäch fand, über diese Frage sollten nicht nur Männer entscheiden. Auch eine Handvoll anderer Gemeinden sahen das so, von Niderdorf in Baselland bis nach Lugano.

Der Bund und die Kantone allerdings nicht. Die Stimmzettel der Frauen wurden wieder aussortiert. Und als 1959 die erste schweizweite Frauenstimmrechtsinitiative kam, schickten die Männer sie bachab. Doch die Dinge waren ins Rollen geraten, immer mehr Kantone führten das Frauenstimmrecht ein. Und am 7. Februar 1971 setzte es sich endlich auch auf Bundesebene durch.

**AUSSTELLUNGEN, TOUREN & CO.**

In wenigen Monaten steht das 50. Jubiläum vor der Tür. Doch gefeiert wird schon jetzt. Mit Podiumsdiskussionen, Stadtpaziergängen, Buchvernissagen, Theateraufführungen. Rund 30 Jubiläumsveranstaltungen sind aktuell auf der virtuellen **Aktionskarte (ch2021.ch)** verzeichnet. Das Historische Museum in Bern zeigt die Ausstellung **Frauen ins Bundeshaus**. Die Paulus Akademie in Zürich plant einen Themenabend **Corona und Frauen**. Und für Abenteuerlustige gibt's die Tour des Frauen-Töffclubs **kultur & kilometer**. Einmal quer durch die Schweiz, motorisiert und auf zwei Rädern



**KATHARINA ZENHÄUSERN: Sie legte in Unterbäch VS als erste Schweizerin ihren Stimmzettel in die Urne. work berichtete: rebrand.ly/die-erste.** FOTO: MICHAEL SCHOCH

den zu den Orten, die für den Kampf um das Frauenstimmrecht wichtig waren ([rebrand.ly/kulturkilometer](https://rebrand.ly/kulturkilometer)).

Natürlich gibt's auch viel Lesestoff: Gleich drei Bücher sind für diesen Herbst angekündigt. In **Gruss aus der Küche** (Rotpunktverlag), **50 Jahre Frauenstimmrecht** (Limmatverlag) und **Jeder Frau ihre Stimme** (Verlag Hier und Jetzt) kommen über 100 verschiedene Frauen zu Wort. Mit persönlichen und politischen Beiträgen. Aber auch mit historischen Ergänzungen zur gängigen Geschichtsschreibung. Denn selbst wenn die Schweiz seit 1971 kein purer Männerstaat mehr ist: in den Geschichtsbüchern, auf den Strassenschildern und auf den Denkmalssockeln ist sie es (zu weiten Teilen)

bis heute geblieben. Umso erfrischender wird es deshalb sein, ab Februar durch die Berner Altstadt zu spazieren. Vorbei an einer Ausstellung mit 52 Portraits, die herausragende Frauen aus der ganzen Schweiz zeigen. Zwei Frauen pro Kanton. Ihr Leben, ihr Wirken, ihre Geschichte. Welche Frauen dabei sind, wird in den kommenden Wochen entschieden. Nicht von einer Fachjury. Sondern von Schulklassen in allen Landesteilen.

Die Portraitausstellung, der Einbezug von Schülerinnen und Schülern: beides ist Teil des Projekts **Hommage 2021 (homage2021.ch)**. Sein Höhepunkt: ein riesiges Lichtspektakel auf dem Bundesplatz.

Zwei Wochen lang, vom 7. bis zum 16. Februar, wird die Geschichte der Schweizer Frauenbewegung an die Fassaden des Bundeshauses, der Schweizerischen Nationalbank und der Berner Kantonalbank projiziert. 100 Jahre Frauenkampf in Bild und Ton. Eine Reise durch die Schweiz der Frauen, zu der internationale Solidarität genauso gehört(e) wie kreative Strategien, mit denen die Schweizerinnen «ihren» Männern schliesslich die politischen Rechte abrang. Das wird sogar auf dem Rütli gefeiert. 2021 steht der Nationalfeiertag im Zeichen des Frauenstimmrechts.

Und im Herbst, zum krönenden Abschluss des Jubiläumsjahres, findet die **Eidgenössische Frauensession (rebrand.ly/frauensession)** statt. Dann ist der Nationalratssaal ganz in Frauenhand. Zum ersten Mal seit 1991. Zum zweiten Mal überhaupt in der Geschichte der Schweiz.

Für die Männer kein Grund zu murren. Schliesslich durften sie 123 Jahre lang im Bundeshaus unter sich sein. Bis im Oktober 1971 die ersten gewählten Frauen in dieses «Männerheiligtum» einzogen (zum amüsanten «Wochenschau»-Bericht von damals: [rebrand.ly/wochenschau](https://rebrand.ly/wochenschau)).

### Auf einen Blick: Das läuft zum Jubiläum

- Ausstellung **50 Jahre Frauen Fussball in der Schweiz**, 17. August bis 31. Dezember 2020, im FCZ-Museum, Zürich
  - **Eine Stimme haben**. 50 Jahre Frauenstimmrecht in Luzern, 23. Oktober 2020 bis 29. August 2021, Historisches Museum, Luzern
  - Frauenstadtrundgang **50 Jahre Frauenstimmrecht**, 15. November 2020, Zürich
  - **Hommage 2021**, Lichtspektakel auf dem Bundesplatz, 7. bis 16. Februar 2021, Bern
  - Robes Politiques. **Frauen Macht Mode**, 19. März 2021, Textilmuseum St. Gallen
  - **Frauensession 2021**, 29. Oktober 2021 bis 30. Oktober 2021, im Bundeshaus, Bern
- Und vieles mehr. Alle Veranstaltungen unter: [www.ch2021.ch](https://www.ch2021.ch)

Gender-Doku

## Wilde Jungs, brave Girls

Je älter ein Mensch, desto traditioneller sein Bild von Frau und Mann? Von wegen! Bereits siebenjährige Kinder haben konservative Geschlechterrollen voll verinnerlicht. Das konnte die ZDF-Moderatorin Collien Ulmen-Fernandes anhand eines verblüffenden Sozial-experiments mit einer Schulklasse zeigen. So sehen Buben sich etwa als «stark», «klug» und «sportlich», nicht aber als «hübsch», «lieb» oder «brav». Genau umgekehrt ist es bei den Mädchen. Aber warum sind derartige Geschlechterstereotype schon so früh verbreitet? Und was hat das mit der Spielzeugindustrie zu tun? Oder dem Fernsehen? Der Modebranche? Der kluge Doku-Zweiteiler «No more Boys and Girls» deckt's auf. Ein wahrer Augenöffner für jung, alt und jedes Geschlecht.

ZDF-Doku: **No more Boys and Girls**, Deutschland 2019 (zwei Teile à je 43 min), online unter: [rebrand.ly/rollenbilder](https://rebrand.ly/rollenbilder)

Online-Beratung

## Deine Rechte in der Pflege

Alle Pflegenden kennen es: Der Dienstplan kommt zu spät, die Freiwünsche werden nicht beachtet, und immer wieder wird man mitten in der Schicht nach Hause geschickt. Oder aber man muss schon wieder kurzfristig einspringen. Auf der Strecke bleiben so Gesundheit, Familie und Hobbies. Doch was dürfen Vorgesetzte eigentlich alles verlangen? Und welche Verpflichtungen haben die Cheffinnen und Chefs? In einem Sonder-Webinar beantwortet Unia-Arbeitsrechtsspezialist Igor Zoric alle Ihre Fragen zu Dienstplanung, Arbeits- und Ruhezeiten. Exklusiv für Arbeitende im Pflegebereich.

Online-Beratung **Arbeitsrecht in der Pflege**, 24. August, 18.30 bis 20 Uhr. Anmelden und Fragen einreichen bis 24. August, 12 Uhr unter: [rebrand.ly/gutepflege](https://rebrand.ly/gutepflege)

Film und Diskussion

## Rückfall ins Saisonier-Statut?

Ende August gibt es im Zürcher Kulturtempel Kosmos eine rare Perle zu sehen: den frisch restaurierten Film «Lo Stagonale», 1971 gedreht vom Autodidakten Alvaro Bizzarri. «Der Saisonier» zeigt schonungslos das Unrecht, das den ausländischen Ar-



**SCHONUNGSLOS: Die harte Realität der Baracken-Schweiz.**

beiterinnen und Arbeitern in der Baracken-Schweiz angetan wurde. Bizzarri zeigt aber auch, wie die Menschen kämpften und überlebten. Danach geht es weiter mit einer brandaktuellen Diskussion: Droht mit der SVP-Kündigungsinitiative der Rückfall ins Saisonierstatut? Und wäre es nicht Zeit für eine Gegenoffensive? Dazu spricht u.a. Ex-Unia-Präsident Vasco Pedrina.

**Lo Stagonale (1971)**, 18.30 Uhr, Kosmos, Zürich. Eintritt: 19 Franken. Vorschau und Tickets: [rebrand.ly/kosmos](https://rebrand.ly/kosmos). Diskussion **Die Migration und die Schweiz: Zeit für eine solidarische Gegenoffensive?** 20 Uhr.

## work1x1 der wirtschaft

David Gallusser



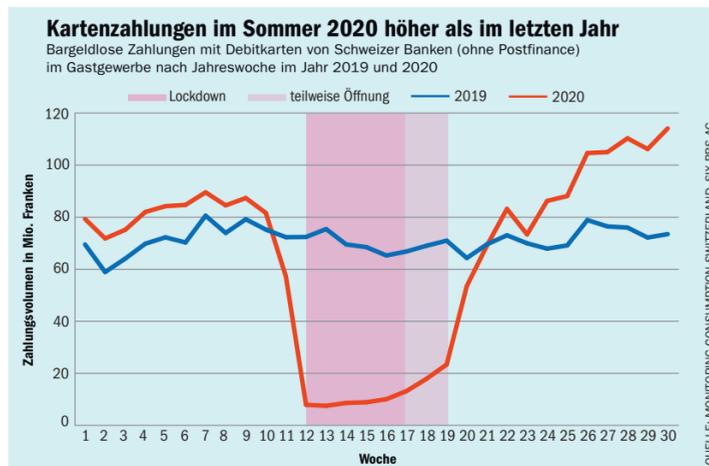
## GASTRO: HOHE ARBEITSLOSIGKEIT TROTZ SOMMERBOOM

Die Coronakrise hat das Gastgewerbe hart getroffen: Während des Lockdowns durften Restaurants keine Gäste bewirten. Weil die Grenzen geschlossen waren, blieben Touristinnen und Geschäftsreisende aus dem Ausland weg. Dies haben die Hotels genauso schmerzlich zu spüren bekommen wie die Absage von Grossveranstaltungen und Messen, die üblicherweise für viele Logiernächte sorgen.

**MEHRKONSUM.** Drei Monate nach dem Lockdown hat sich die Situation gebessert. Das zeigen die Rechnungen, die Gäste aus der Schweiz mit ihren Debitkarten in Restaurants, Bars und Hotels begleichen. Im Vergleich zum Vorjahr waren die Zahlungen während des Lockdowns massiv gesunken (vgl. Grafik). Mit der Aufhebung der Einschränkungen haben sie sich dann erholt. Seit Ende Juni liegen sie sogar deutlich höher als 2019. Sprich: Die Schweizerinnen und Schweizer geben in diesem Sommer mehr Geld in Schweizer Restau-

rants und Hotels aus. In den bei Inländern beliebten Tourismusregionen wie Graubünden, dem Tessin oder dem Wallis waren die Mehrausgaben sogar noch höher als im Durchschnitt. Das erlaubte es dortigen Betrieben, bereits wieder die Preise zu erhöhen und die Einnahmeausfälle aus dem Lockdown wettzumachen.

**ENTLASSUNGEN DROHEN.** Nicht alle profitieren davon, dass viele Schweizerinnen und Schweizer ihre Ferien im Inland verbringen. Destinationen wie Genf, Interlaken oder Luzern, die von ausländischen Touristen oder Geschäftsreisenden leben, bleiben nach wie vor arg gebeutelt. Auch manche Restaurants leiden weiter unter der Krise. Gerade Betriebe, die aufs Mittagsgeschäft ausgerichtet sind, erzielen wegen des weit verbreiteten Homeoffice kleinere Umsätze. Darüber hinaus bleibt die Zukunft höchst unsicher. Nehmen die Corona-Fallzahlen weiter zu, könnten Gäste aus Vorsicht oder wegen neuer Einschränkungen die Gastbetriebe wieder stärker meiden. Für die Arbeitnehmenden bleibt es auf jeden Fall ungemütlich. Die Arbeitslosigkeit ist trotz Sommerboom hoch, und die Mehrheit der Gastbetriebe erwartet, in den kommenden Monaten Stellen abbauen zu



kungen die Gastbetriebe wieder stärker meiden. Für die Arbeitnehmenden bleibt es auf jeden Fall ungemütlich. Die Arbeitslosigkeit ist trotz Sommerboom hoch, und die Mehrheit der Gastbetriebe erwartet, in den kommenden Monaten Stellen abbauen zu

müssen. Wichtig ist deshalb, dass die Kurzarbeit verlängert wird und angesichts der tiefen Löhne in der Branche der volle Lohn ausgezahlt wird.

David Gallusser ist Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB)



**Das offene Ohr**

**Igor Zoric**  
vom Service Arbeitszeit, beantwortet Fragen zu Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung. Hotline 0848 240 240

## Nachtarbeit: Bereitschaftsdienst ohne Kompensation?

**Ich arbeite in einem Pflegeheim und leiste regelmässig Nachtdienste. Von 21 Uhr bis 23 Uhr verrichten wir unsere normale Arbeit. Um 3 Uhr beginnt die sogenannte Nachtwache, die bis 6 Uhr morgens andauert. Während dieser Zeit muss ich zwingend im Pflegeheim auf dem dafür mit Alarman ausgestatteten Zimmer sein, um wenn nötig sofort einsatzbereit zu sein. Da ich mich während der Nachtwache hinlegen und schlafen kann, verwehrt mein Arbeitgeber mir den Zeitzuschlag für die regelmässige Nachtarbeit, obwohl ich dem Arbeitsgesetz unterstellt bin. Ist dies rechtens?**

**IGOR ZORIC:** Nein. In Ihrem Fall haben Sie Anspruch auf eine Kompensation von 10 Prozent der Zeit, während derer Sie Nachtarbeit leisten. Dies ist unabhängig davon, ob Sie sich hinlegen und im Idealfall ausruhen können. Die Bereitschaftszeit im Betrieb muss komplett als Arbeitszeit verbucht werden. Dies bedeutet für Sie, dass Sie für den gesamten Nachtzeitraum, das heisst für die gesamten 7 Stunden (= 420 Minuten) des Nachtzeitraums, einen Zeitzuschlag in Höhe von 10 Prozent beziehungsweise 42 Minuten zugute haben. Diese Ausgleichsruhezeit muss Ihnen innerhalb eines Jahres gewährt werden. Zudem bedeutet dies, dass Sie nicht unmittelbar wieder nach einer solchen Nachtwache eingesetzt werden können. Dies ist erst möglich, nachdem Sie die tägliche Ruhezeit im Anschluss an die Nachtwache bezogen haben.

## Tankstellenshop: Muss ich die Ladenöffnung in meiner Freizeit vorbereiten?

**Ich arbeite regelmässig werktags in einem Tankstellenshop. Der Shop hat unter der Woche regulär von 6 bis 23 Uhr geöffnet. Mein Vorgesetzter verlangt, dass ich bereits um 5.30 Uhr im Shop bin, um alles für die Öffnung vorzubereiten. Diese Zeit wird jedoch weder erfasst noch gutgeschrieben, da diese Zeit ausserhalb der Öffnungszeiten liegt. Die Kolleginnen und Kollegen, die den Shop schliessen, haben das gleiche Problem. Ist dies so korrekt?**

**IGOR ZORIC:** Nein. Als Arbeitszeit gilt diejenige Zeit, in der Sie sich zur Verfügung der Firma zu halten haben. Dies ist bei Ihnen bereits ab 5.30 Uhr der Fall, da Sie um diese Zeit am Arbeitsort sein müssen, um sämtliche Vorbereitungen zu treffen, damit Sie den Shop öffnen und mit Ihrer eigentlichen Arbeit beginnen können. Das gleiche gilt für Ihre Kolleginnen



**KEINE GRATISARBEIT:** Die täglichen Aufräumarbeiten im Tankstellenshop gelten als Arbeitszeit. FOTO: KEYSTONE

und Kollegen. Erst wenn die obligatorischen täglichen Aufräumarbeiten beendet sind und der Laden geschlossen ist, endet die Arbeitszeit. Wenn die Arbeit zudem auf eine Randstunde des Nachtzeitraums fallen sollte (im Regelfall auf die Zeit von 5 bis 6 Uhr sowie von 23 bis 24 Uhr), so muss Ihnen Ihr Arbeitgeber für diese geleistete Nachtarbeit zudem einen Zuschlag in Höhe von 10 Prozent gewähren.

Covid-19: Das gilt im Arbeitsrecht ab 1. September 2020

# Beim Schutz der Arbeitenden

**Viele Firmen verlängern die Kurzarbeit, und für Stellensuchende etlicher Branchen bleibt die Lage prekär. Dennoch hat der Bundesrat beim Schutz der Angestellten zurückbuchstabiert.**

MARTIN JAKOB

Für das nächste Jahr prognostiziert das Institut BAK Economics in Basel 205'000 Arbeitslose, doppelt so viele wie 2019. Trotzdem entfallen Ende August etliche der seit Ausbruch der Coronakrise angeordneten Schutzmassnahmen für die Mitarbeitenden. Eine Übersicht zur aktuellen Rechtslage.

### KURZARBEIT

Am 31. August treten die speziellen Bestimmungen zur Kurzarbeit ausser Kraft, und es gelten weitgehend die Gesetze und Verordnungen aus der Zeit vor Corona. Die Höchstbezugsdauer ist jedoch – befristet bis Ende 2021 – von 12 auf 18 Monate verlängert worden. Ab 1. September gilt wieder:

- Alle Mitarbeitenden, für welche die Firma Kurzarbeit beantragt, müssen diesem Antrag einzeln mit ihrer Unterschrift zustimmen.
- Überstundenguthaben müssen mit dem Anspruch auf Kurzarbeit verrechnet werden.
- Schon seit Ende Mai können Lehrlinge nicht mehr zur Kurzarbeit angemeldet werden. Ab 1. September verlieren nun auch temporär und befristet Angestellte sowie auf Abruf arbeitende Personen mit stark schwankendem Beschäftigungsgrad diesen Anspruch – ihr Risiko, nicht mehr beschäftigt zu werden, steigt damit massiv. Swissstaffing, der Verband der Personaldienstleister, registrierte im zweiten Quartal 2020 rund 20'000 Temporärarbeitende in Kurzarbeit – ihnen allen droht nun die Vertragsauflösung, falls ihnen Ende August keine neuen Einsätze angeboten werden können.

### ARBEITSLOSIGKEIT

Mit den speziellen Bestimmungen zur Kurzarbeit verlieren auch jene zur Arbeitslosenentschädigung und zu den Pflichten von Arbeitslosen Ende August ihre Gültigkeit. Das bedeutet:

- Wer ab 1. September neu arbeitslos wird, erhält keine zusätzlichen Taggelder mehr und keine Verlän-

gerung der Rahmenfrist. Die Ansprüche aus der Zeit von 1. März bis 31. August bleiben aber erhalten. Beispiel: Wer seit 1. August taggeldberechtigt ist, hat über den maximalen Anspruch hinaus Anrecht auf 21 Taggelder (so viele Arbeitstage zählt der August) zusätzlich. Wer schon am 1. März bezugsberechtigt war, hat die maximal 120 zusätzlichen Taggelder zugute.

- Der Nachweis von Arbeitsbemühungen muss wieder monatlich erfolgen.

### SCHUTZ VON RISIKOGRUPPEN

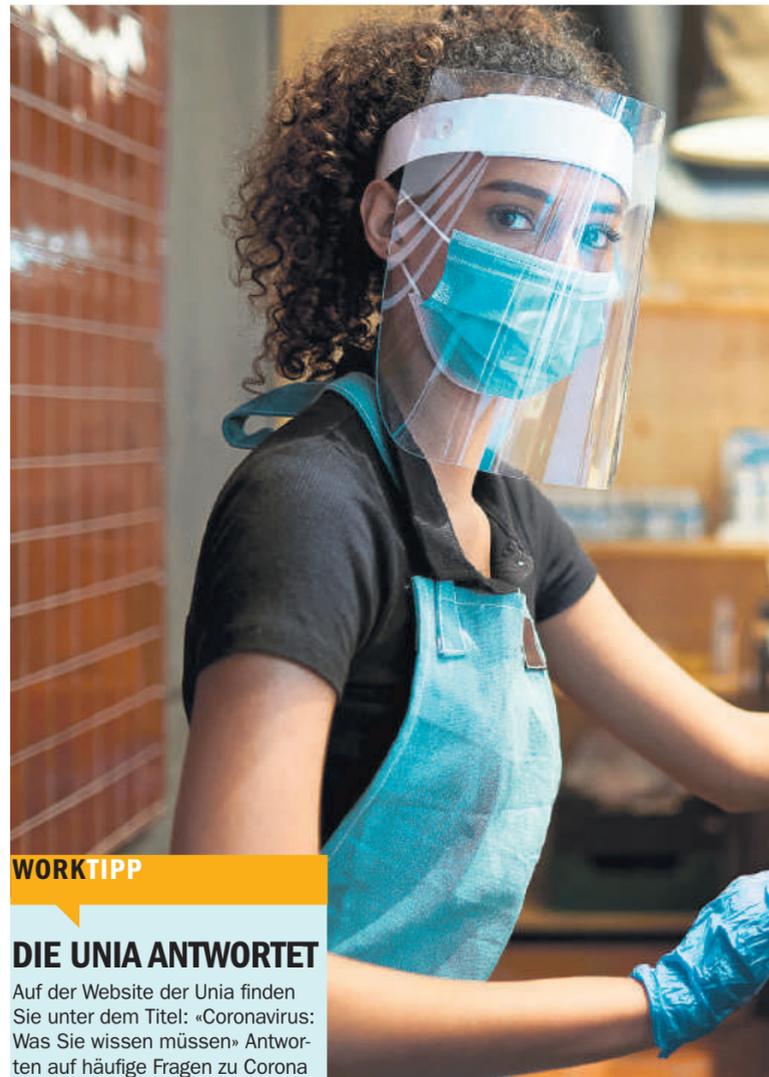
Die spezifischen Vorgaben zum Schutz besonders gefährdeter Personen sind schon per 22. Juni aufgehoben worden. Angehörige von Risikogruppen – Personen ab 65 Jahren oder mit Vorerkrankungen und neu auch Schwangere – können nicht mehr auf Homeoffice bestehen oder die Zuweisung einer Arbeit verlangen, die sie geringeren Ansteckungsrisiken aussetzt.

Trotzdem: Falls Sie zu einer Risikogruppe zählen, sprechen Sie die Vorgesetzten darauf an. Die Firma muss für einen erhöhten Schutz am Arbeitsplatz besorgt sein.

### SCHUTZ FÜR ALLE

Generell sind die Firmen gesetzlich verpflichtet, die Gesundheit aller Mitarbeitenden zu schützen. Zurzeit müssen sie insbesondere die Hygiene- und Schutzempfehlungen des Bundes umsetzen. Für öffentlich zugängliche Bereiche mit Kundenkontakt muss ein Schutzkonzept vorliegen.

Hält Ihr Betrieb die behördlich geforderten Massnahmen nicht ein, verletzt er die Fürsorgepflicht. Machen Sie den Chef schriftlich auf diesen Missstand aufmerksam. Bessert sich die Lage nicht, können Sie die Arbeitsleistung verweigern, wobei der Lohn weiter zu zahlen ist. Es empfiehlt sich aber, vor einer solchen Aktion das kantonale Arbeitsinspektorat zu kontaktieren und bei der Gewerkschaft Rat zu holen.



### WORKTIPP

### DIE UNIA ANTWORTET

Auf der Website der Unia finden Sie unter dem Titel: «Coronavirus: Was Sie wissen müssen» Antworten auf häufige Fragen zu Corona und Arbeitsrecht – in deutscher und in sechs weiteren Sprachen. [www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/coronavirus](http://www.unia.ch/de/arbeitswelt/von-a-z/coronavirus)

**SCHUTZ IST PFLICHT:** Bei direktem Kontakt zu

kasse für maximal 10 Tage Erwerbsersatz in Höhe von 80 Prozent des Lohns beantragen. Den Antrag auf Erwerbsersatz müssen Sie bis spätestens 16. September anmelden. Sprechen Sie zudem mit Ihrer Chefin. Nach Meinung der Unia schuldet Ihnen die Firma den vollen Lohn, da Ihre Quarantäne die Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht darstellt (Artikel 324a OR). Wenn Ihre Firma den vollen Lohn zahlt, hat sie dafür den Erwerbsersatz zugute.

- Sie nehmen mit der Swiss-Covid-App am Contact-Tracing-Programm teil und erhalten die Nachricht, Sie hätten riskanten Kontakt

### QUARANTÄNE UND LOHN

Mit den Quarantäne-Bestimmungen haben Bund und BAG Juristenfütter angehäuft. Diese Fälle sind zu unterscheiden:

- Sie müssen nach den Ferien in einem Risikogebiet in Quarantäne. Dann kommt es darauf an, ob Ihr Reiseziel schon als riskant deklariert war, als Sie die Reise antreten haben. Falls ja, haben Sie keinen Anspruch auf Lohn oder Erwerbsersatz. Falls nein, gilt die Quarantäne als unverschuldet. Sie können bei der AHV-Ausgleichs-

## Schweizer Leitungswasser kostet Kommen Sie weg

**Zum Znüni einen Schluck aus dem Evian-Fläschchen, zum Zmittag einen halben Liter gesprudeltes Henniez, zum Znacht ein Gläschen Valser. Mineralwasser ist beliebt, aber eigentlich unnötig.**

MARTIN JAKOB

Pro Jahr und Kopf konsumiert die Schweizer Bevölkerung rund 110 Liter Mineralwasser. Ergibt einen Jahresverbrauch von 900 Millionen Litern (davon 400 Millionen Liter aus dem Ausland) – wobei in jeder Flasche für Produktion und Transport etwa die Energie von drei Dezilitern Erdöl stecken.

Aber wozu Mineralwasser anschleppen, wenn zu Hause das viel billigere Trinkwasser (0,2 Rappen pro Liter) aus der

Leitung fliesst? Ein paar Gründe fürs Schleppen – und warum sie nicht stichhaltig sind:

«Mein Mineralwasser chruschelt halt so erfrischend.» Das Zusetzen von Kohlenstoffdioxid ist im 19. Jahrhundert erfunden worden, um die Konservierung zu verbessern. Nötig ist das heute nicht mehr, und der Körper braucht die Kohlensäure nicht. Und: Mit Sodastream oder ähnlichen Geräten lässt sich auch Leitungswasser mit Kohlensäure anreichern.

«Das Leitungswasser schmeckt mir nicht.» Schweizer Leitungswasser hat je nach Herkunft und Aufbereitungsart unterschiedliche Geschmacksnuancen. Sie sollten aber nicht das Mineralwasser aus dem Kühl-



**FRISCH VOM HAHNEN:** Schweizer Leitungswasser ist weder keimfrei noch steril – aber das ist Mineralwasser aus der Flasche auch nicht! FOTO: GETTY

# wird abgeholt



Kunden müssen die Firmen ein Schutzkonzept vorweisen – und befolgen. FOTO: GETTY

zu einer angesteckten Person gehabt. Sie sollten die Infoline Swiss-Covid anrufen und persönliche Kontakte möglichst vermeiden. Anspruch auf Erwerbsersatz oder Lohnfortzahlung haben Sie aber nur, wenn Sie von einem Arzt oder einer Behörde in Quarantäne geschickt werden.

● Sie waren als Besucherin eines Clubs registriert. Ein «Superspreader» war am Werk, Sie werden in Quarantäne geschickt. In diesem Fall sind Sie zwar ein gewisses Risiko eingegangen, dies jedoch in einem absolut legalen Rahmen – Clubs dürfen ja mit Auflagen wieder offen haben. Da Ihre Firma

den Mitarbeitenden keinerlei Vorschriften zu ihrem Freizeitverhalten machen darf, spricht auch hier

## Bei einer Quarantäne ist die Pflicht der Lohnfortzahlung nicht immer gegeben.

nichts gegen das Anrecht auf Erwerbsersatz und Lohnfortzahlung. ● Was immer gilt: Falls Sie während der Quarantäne im Homeoffice arbeiten, besteht kein Anspruch auf Erwerbsersatz – aber auf Lohn im gewohnten Umfang.

### JETZT BEANTRAGEN

## URLAUB FÜR ELTERN

Mussten Sie und/oder Ihre Partnerin während des Lockdowns der Arbeit fernbleiben, um zu Hause Kinder zu betreuen, weil alle Möglichkeiten zur Fremdbetreuung – zum Beispiel Kita, Schule, Grosseltern – ausfielen? Und hatten Sie deswegen Lohneinbussen? Während des Lockdowns war das für viele Eltern der Fall. Die Gewerkschaften haben deshalb einen Elternurlaub für Betroffene gefordert. Mit Erfolg: Der Corona-Elternurlaub schützt alle erwerbstätigen Eltern mit Kindern unter 12 Jahren vor Lohneinbussen. Der Anspruch gilt rückwirkend ab dem 16. März 2020 und kann nach vier Tagen Betreuungsabwesenheit geltend gemacht werden.

**80 PROZENT.** Über den Corona-Elternurlaub erhalten erwerbstätige Eltern maximal 80 Prozent des monatlichen Bruttolohns, aber höchstens 196 Franken pro Tag. Pro Arbeitstag wird Eltern gemeinsamer Kinder nur eine Entschädigung ausbezahlt.

**BIS 16. SEPTEMBER.** Bis vor den Sommerferien haben 6400 Angestellte diesen Elternurlaub beantragt. Von Erwerbsausfällen waren aber tatsächlich viel mehr Personen betroffen. Falls Sie auch dazu zählen: Sie können den Corona-Elternurlaub auch rückwirkend beantragen, aber nur noch bis am 16. September 2020. Zuständig sind die kantonalen Ausgleichskassen: [rebrand.ly/ausgleichskassen](http://rebrand.ly/ausgleichskassen)

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SCHLAPPMACHER. Der Akku verliert mit der Zeit an Kapazität. FOTO: ISTOCK

## So kommen Sie günstig zum neuen Handy-Akku

Das ärgert: Das Handy funktioniert noch tiptopp, aber der Akku macht rasch schlapp. Prüfen Sie zuerst die Kapazität des Geräts. Das geht beim iPhone in den «Einstellungen» unter «Batterie» und «Batteriezustand», bei Android-Smartphones in den «Einstellungen» unter «Akku». Wenn die Kapazität nur noch bei 50 bis 60 Prozent liegt, ist ein neuer Akku allenfalls sinnvoll.

**VORBEIBRINGEN.** Diverse Läden bieten einen Akku-Tausch an. Die Preise unterscheiden sich allerdings deutlich. Das zeigt ein Vergleich von «Saldo»

(Tabelle unter [saldo.ch/akkutausch](http://saldo.ch/akkutausch)).

Der Einbau eines neuen Akkus bei einem Samsung-Galaxy-Handy kostet

**Ist das Smartphone noch gebrauchstüchtig, lohnt sich der Akku-Tausch.**

beim offiziellen Samsung Service

Center 89 Franken, bei Apfeldoc.ch nur 79 Franken, bei Iklunik.ch hingegen 129 Franken.

Für den Akku-Wechsel bei Huawei-Smartphones verlangen die meisten Läden 110 bis 120 Franken. Bei Smartphone-doc.ch kostet er, je nach Modell, nur zwischen 70 und 85 Franken.

Als Besitzerin oder Besitzer eines iPhones gehen Sie am besten in den offiziellen Apple Store. Dort kostet der Akku-Tausch zwischen 55 und 75 Franken. Andere Händler verlangen bis zu 129 Franken.

**EINSCHICKEN.** Die meisten Anbieter haben in allen grösseren Schweizer Städten Filialen. Wer das Handy nicht selbst vorbeibringen will, kann es auch einschicken. Dann kommen noch Versandkosten von 7 Franken dazu. Oder von 9 Franken, wenn Sie das Handy per Einschreiben verschicken. MARC MAIR-NOACK

## wenig – Sie dürfen es auch trinken von der Flasche

schrank mit Wasser frisch aus der Leitung vergleichen: Die Wasserwerke müssen zwar Wasser in einer Durchschnittstemperatur von 12 Grad anliefern, diese kann aber zwischen durch auch mal höher liegen. Tipp: Wollen Sie Wasser vom Hahn trinken, lassen Sie es ein bisschen fließen, damit Sie nicht Wasser konsumieren, das zuvor stundenlang in der Leitung stand. Und: Stellen Sie einen Krug Leitungswasser in den Kühlschrank, und machen Sie dann nochmals den Vergleich mit dem Mineralwasser.

**«Ich brauch halt die Mineralien!»** Sind Sie sicher? Ernährungsexpertinnen sind es nicht. Sie sagen, wer sich normal ernähre, nehme die vom Körper benötigten Minerale in ausreichender

Menge bereits mit dem Essen auf. Haben Sie gesundheitliche Probleme, holen Sie am besten ärztlichen Rat ein, ob Sie aus medizinischen Gründen Mineralwasser trinken sollten.

**«Aber das Chlorothalonil!»** Tatsächlich ist mit Pestiziden, Fungiziden (eines davon ist das Chlorothalonil) und Konsorten nicht zu spassen. Die Wasserverschmutzung durch landwirtschaftliche und industrielle Produktion sollte uns Sorgen machen. Nächstes Jahr wird die Schweiz über die Trinkwasserinitiative abstimmen. Die hat zum Ziel, Bauern von Subventionen auszuschliessen, wenn sie Pestizide einsetzen und in der Tierhaltung vorbeugend Antibiotika einsetzen. Jedoch: Erstens ist zu unter-

scheiden zwischen der Qualität des Rohwassers aus der Natur und jener des in den Wasserwerken gefilterten und aufbereiteten Leitungswassers. Und zweitens sind die Grenzwerte für Schadstoffbelastungen im

### Ein Liter Schweizer Hahnenburger kostet 0,2 Rappen.

internationalen Vergleich tief und die Kontrollen streng. Der Konsum von Leitungswasser ist also nicht bedenklicher als jener von anderen natürlichen Nahrungsmitteln. Auch nicht bedenklicher als Mineralwasser. Oder ist Ihnen das Mikroplastik lieber, das Sie mit Ihrem Gesprudelten aus der PET-Flasche zu sich nehmen?

### WASSERQUALITÄT AUF DEM PRÜFSTAND

Möchten Sie genauer wissen, wie es um die Qualität des Trinkwassers Ihres Wohnorts steht? Viele Schweizer Wasserwerke machen ihre Prüfberichte auf [www.trinkwasser.svgw.ch](http://www.trinkwasser.svgw.ch) zugänglich. Finden Sie Ihre Gemeinde nicht, fragen Sie auf der Kanzlei nach! Spannende Informationen zum Wasser in der Schweiz und weltweit finden Sie zudem bei der Non-Profit-Organisation «Wasser für Wasser»: [www.wfw.ch](http://www.wfw.ch).

## Rechnungen mit QR-Code Schluss mit Abtippen

**Adieu, rote und orange Einzahlungsscheine! Sie werden durch QR-Rechnungen abgelöst. Wie funktionieren sie?**

«QR» ist die Abkürzung für «Quick Response», also für eine schnelle Antwort. Und darum geht's: Im schwarzen Viereck sind sämtliche Informationen einer Rechnung codiert enthalten, einschliesslich der ellenlangen IBAN- und Referenznummer. Auch mit den neuen Scheinen können Sie an der Poststelle bar einzahlen oder die Rechnungen an die Bank senden (was in der Regel Gebühren kostet). Möglich bleibt auch, im E-Banking die einschlägigen Informationen von der QR-Rechnung abzutippen.



Falls Sie die Vorteile von QR nutzen möchten, setzen Sie das E-Banking auf dem Smartphone oder am Desktop-Rechner ein. Bietet Ihre Bank noch kein direktes Scanning für QR-Rechnungen an, können Sie einen sündhaft teuren QR-Scanner kaufen. Oder Sie setzen auf eine Gratis-App zum QR-Scannen mit Ihrem Smartphone. Eine seriöse, bereits praxisgetestete App eines Schweizer Anbieters gibt's unter [www.qrzahnteil.ch](http://www.qrzahnteil.ch).

A propos seriös: Bevor Sie nach dem Scannen eine Zahlung auslösen, immer zuerst kontrollieren, ob die Angaben des Scans mit dem gedruckten Text übereinstimmen. Ganz fälschungssicher ist die QR-Codierung nämlich nicht. (jk)

**work**rätsel

**Gewinnen Sie eine Übernachtung!**



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 12  
Das Lösungswort lautet: **LIEGESTUHL**



Missgeschicke, Crashes			nicht Böses	die ... schere öffnet sich	Farbmischbrett			Verladesmaschine	Strom durch Pakistan	Nasallaut	Fluss in Grenoble		eh. schweiz. Curlerin (Mirjam)		vorderer Körperteil	Heiligenbilder der Ostkirche	Video-System	Abk.: Einzelzimmer
den Atomkern betreffend								Volks... für eine 13. AHV-Rente										
Abk.: Foot			alt Bundesrat † 1995 (Nello)		schon lange						7		Zimmerwinkel Mz.		Masseneinheit der Frequenz			
seufzen, stöhnen								Titel russ. Kaiserinnen		balt. Osteuropäerin		Schallreflexionen						Schaltknopf
			11		weibl. Huftier		grösste schweiz. Stadt								d. Landwirtsch. betreffend		kleines asiat. Fahrzeug	
Reinigungsgerät		in den Boden ableiten		Verkehrsweg						10		anstössige Witze		Zeitalter		4		
geschnittenes Holz						12	hervorragend, grossartig		Bücherfreund		Arbeits...	13						
			2	Gemeinde am Zürichsee		Kunststoff f. Implantate				5			islam. Gotteshaus		Abk.: Kanton			
Geliebte des Leander	histor. Ort am Umersee		sich wundern								Schutzdämme am Meer		sehr grosse Menge		1			
Ruhegehalt					6	Hafenstadt in Ligurien	kommt hoffentlich nicht; die 2. ...		Porzellanverzierung						Twitternachricht		Computereingabetaste	
			dt. Vorsilbe f. falsch	ausser Spesen nichts ...							9	skand. Erzählstil des MA	engl. Artikel					
Vergnügen (engl.)	schweiz. Tennisspieler (Roger)							Berner Eishockeyclub				Roche-Chef						
weit nach unten reichend				lat.: und		Autokz. Kanton Sankt Gallen	pers. Herrschertitel							Abk.: Richtlinie		Internetkürzel Deutschland		
angestrebter Zustand	heimelig, privat											Klatsch, Geschwätz	8					
				natürl. Zeitabschnitte				Ge-fäss		3								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch)  
Einsendeschluss 28. August 2020

DEN PREIS, 200 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Ruth Bischoff, Förbenweg 15, Villnachern AG. Herzlichen Glückwunsch!

INSERAT

# Schreibe Postkarten

# gegen die Kündigungsinitiative

**Die Kündigungsinitiative der SVP greift unsere Rechte an.**

Hilf mit, dass möglichst viele Menschen am 27. September **NEIN** stimmen. Schreib deinen Freund/innen eine Postkarte.



Bestelle dein kostenloses Kartenset jetzt unter: [www.kundigungsinitiative-nein.ch/postkarten](http://www.kundigungsinitiative-nein.ch/postkarten)



**WORKLESERFOTO**



**Es rollt das Stroh, die Kühe sind froh!**

**WANN** 5. August 2020  
**WO** Wynigen BE  
**WAS** Strohhallen  
**Eingesandt von** Alfred Winkler, Burgdorf BE

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 26.6.2020**

**Braucht es jetzt einen Streik in der Pflege und in der Betreuung?**

**AN DIE PLANUNG!**  
Welche Frage. Natürlich müssen die Pflegenden dringend ein massives Zeichen setzen gegen die seit Jahren andauernden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Und gegen die bürgerliche Sparpolitik. Meine Erfahrung ist: wenn ich mit Patientinnen und Patienten über die Arbeitsbedingungen in den Spitälern und Pflegeheimen spreche, sind die meisten fast schon schockiert. Ich bin sicher, dass ein «Pflegestreik-Tag» viel Support aus der Bevölkerung bekäme. Also: an die Planung!

CARO MEYER, PER MAIL

**SCHON BEANTWORTET**

Die Frage stellen heisst sie beantworten! Die Beschäftigten im Gesundheitswesen müssen sich massiv kämpferischer wehren als bisher. Welches die «richtige» Form ist, muss diskutiert werden. Aber wenn nichts geht, wird's immer schlimmer.

YOLANDA BRECHBÜHL, PER MAIL

**KUGELSCHREIBER ALS «DANK»**

Wie wenig die Spitalmanager und die politische Mehrheit wirklich von den Pflegenden halten, zeigt sich exemplarisch in Bern: Neben salbungsvollen Worten gab's als «Dank» für den Covid-Einsatz einen Kugelschreiber.

SANDRA RUEF, PER MAIL

**WORKPOST**

26. Juni 2020 **work** 3

**AST NICHT**

**Darum hat die Schweiz keinen Schlachthof-Skandal**  
**Corona-Prävention durch GAV und Flankierende**

**Schweizer Fleischindustrie streift Corona-Prävention**  
**Flankierende Massnahmen zur Pandemieprävention zu verhindern**

**Schweizer Fleischindustrie streift Corona-Prävention**  
**Flankierende Massnahmen zur Pandemieprävention zu verhindern**

**Schweizer Fleischindustrie streift Corona-Prävention**  
**Flankierende Massnahmen zur Pandemieprävention zu verhindern**

26. Juni 2020 **work** 3

**Hinsehen und handeln!**

**Tausende Corona-Infizierte in deutschen Schlachthöfen**

**Das Schweine-System**

**In der deutschen Fleischindustrie sorgt ein undurchsichtiges System für abendliches Leben- und Arbeitsbedingungen. Nicht nur beim Böttelgesch-Ölgenanten Tönnies.**

**WIR HABEN UNSERE LEKTION GELERNT**

**Ich bedanke mich persönlich**

**Herzlichen Dank, Frau Alleva, für diesen wunderbaren Bericht. Persönlich bedanke ich mich bei allen Schweizerinnen und Schweizern, die Nein zur Ausschaffung gesagt und auch so abgestimmt haben. So konnten auch meine Eltern in der Schweiz bleiben und ich als Seconda enorm viel dazulernen.**

**Für das, was heute im Jahre 2020 noch passiert: Den «anderen Schweizern», die uns noch heute als «mangiare mangiare, viva Italia, zu temperamentvoll, nicht führungsfähig» abstempeln, will ich nur sagen: Macht es besser!**

**WORK 12 / 26.6.2020: DAS SCHWEINE-SYSTEM**  
**Das will die SVP für die Schweiz**

Die Beiträge zu den Corona-Ansteckungen in der deutschen Fleischindustrie machen vor allem eines deutlich: Solche erschreckenden Zustände, wie sie in den deutschen Schlachthöfen herrschen, will die SVP flächendeckend in der Schweiz einführen. Für alle Lohnabhängigen. Das ist das wahre Ziel der SVP-Kündigungsinitiative. Bei der Lancierung hat das zum Beispiel Milliardärin Martullo-Blocher noch offen zugegeben, dass es der SVP um die Abschaffung der flankierenden Massnahmen geht und um die Verhinderung von Gesamtarbeitsverträgen. Jetzt – vor der Abstimmung – säuselt die Partei der Milliardäre und Multimillionäre von Lohnschutz und Arbeitsplatzschutz. In der realen Politik kämpft die SVP immer gegen die Lohnabhängigen. Auch darum ist es wichtig, den Blocher-Jüngerinnen und -Jüngern am 27. September eine klare Abfuhr zu erteilen.

KURT STOLL, PER MAIL

**WORK 12 / 26.6.2020: 1 SCHWAN = 308 BETRIEBSBÜEZER?**  
**Tolle Zeitung, weiter so!**

Schon wieder durfte ich meinen Samstag mit eurer tollen, informativen, provokativen, pointierten, aufklärerischen, zum Schmunzeln anregenden, auch Wut (gegen das Establishment) auslösenden Zeitung verschönern. Danke! Möget Ihr weiterhin so engagiert bleiben!

ELIJANNE CLERC, PER MAIL

**WORK 12 / 26.6.2020: 5 MILLIONEN FRANKEN SCHADENERSATZ**  
**Die Akteure sind das Problem**

Ich finde es wichtig, über Arbeitskonflikte informiert zu sein. Im Artikel zur Insel stört mich, dass es nicht klarer wird, dass es nicht der Betrieb ist, der das Problem darstellt, sondern die einzelnen

Akteure darin. Mir fällt da der Satz ein: Mich trifft rechtlich und moralisch keine Schuld... Nur: Diskriminierung lässt sich häufig nicht klar fassen. Mit Kündigungen wird immer wieder versucht, die Arbeitenden einzuschüchtern.

ERICH MAEDER, PER MAIL

**WORK 10 / 29.5.2020: WIR HABEN UNSERE LEKTION GELERNT**

**Ich bedanke mich persönlich**

Herzlichen Dank, Frau Alleva, für diesen wunderbaren Bericht. Persönlich bedanke ich mich bei allen Schweizerinnen und Schweizern, die Nein zur Ausschaffung gesagt und auch so abgestimmt haben. So konnten auch meine Eltern in der Schweiz bleiben und ich als Seconda enorm viel dazulernen. Für das, was heute im Jahre 2020 noch passiert: Den «anderen Schweizern», die uns noch heute als «mangiare mangiare, viva Italia, zu temperamentvoll, nicht führungsfähig» abstempeln, will ich nur sagen: Macht es besser!

GEMMA GRASSO, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

**WORK 5 / 13.3.2020: SELBSTÄNDIGE MÜSSEN WEITER ZITTERN**

**Das geht auf keine Kuhhaut**

Was sich die selbsternannten «gewerbefreundlichen» Parteien in der Coronakrise gegenüber den Selbständigen erlauben, geht auf keine Kuhhaut. Sie spielen aus rein ideologischen Gründen mit der Existenz von Tausenden von Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmern. Als Wahlvieh in drei Jahren werden diese bei SVP, FDP und CVP dann wieder begehrt sein. Hätte ich letztes Jahr rechts gewählt, käme ich mir heftig vera... vor. Hoffentlich ziehen möglichst viele der Betroffenen ihre politischen Konsequenzen.

JACQUELINE HALLER, PER MAIL

**workquiz**

**Wie gut sind Sie?**

**1. Frauenstimmrecht I: Seit wann können die Frauen in der Schweiz stimmen?**  
a) 1291?  
b) 1848?  
c) 1921?  
d) 1971?

**2. Frauenstimmrecht II: Wie hiess die erste Frau in der Schweiz, die abstimmen ging?**  
a) Katharina Neunhäuern?  
b) Katharina Zenhäuern?  
c) Katharina Fünfhäuern?  
d) Katharina Einhäuern?

**3. Frauenstimmrecht III: Wo ging diese erste Frau abstimmen?**  
a) in Oberbäch VS?  
b) in Zwischenbäch VS?  
c) in Niederbäch VS?  
d) in Unterbäch VS

**4. Frauenstimmrecht IV: Wie lange waren die Männer im Bundeshaus unter sich?**  
a) 123 Jahre?  
b) 234 Jahre?  
c) 345 Jahre?  
d) 456 Jahre?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d; 2b; 3d; 4a

FOTO: MICHAEL SCHÖCH

Gerüstbauer Oliver Meili (30) arbeitet zwischen Himmel und Erde

# Meili geht hoch hinaus

**Für seinen Job braucht er starke Nerven, Standfestigkeit und Schwindelfreiheit: Oliver Meili, Spezialgerüstbauer. Auch während des Lockdowns fuhr er regelmässig zu seinem Arbeitsplatz – und freute sich über die leeren Strassen.**

ASTRID TOMCZAK | FOTOS STEPHAN BÖSCH

Manchmal schwebt Oliver Meili fast in den Wolken. Abgehoben ist der 30jährige Gerüstbauer aber trotzdem nicht – im Gegenteil: Auf dem Bau hat die Sicherheit höchste Priorität. Da ist kein Platz für Draufgängertum. Und auch Routiniers wie Meili kann es plötzlich mulmig werden. «Die Höhe macht mir wenig aus. Aber manchmal kommst du nicht dagegen an», sagt Oliver Meili. Und nicht alle können ganz hoch hinaus. Er selbst hat schon auf 120 Metern Höhe gearbeitet, aber bei 50 Metern kommt der Moment eines leichten Unbehagens: «Da kannst du die Dinge noch gut erkennen, die unter dir sind. Darüber wird's wieder besser.» Seine Strategie: in den Himmel schauen. Denn: «Der Himmel sieht immer gleich aus, egal wie weit du vom Boden entfernt bist.»

**NATURBURSCHE.** Als Kind wäre es ihm wohl nicht in den Sinn gekommen, dereinst Gerüste zu bauen. Aber an der frischen Luft zu sein, das war dem Thurgauer Bauernbub schon immer wichtig. Er absolvierte eine Lehre als Forstwart, machte einen guten Lehrabschluss. «Ich war und bin immer noch gerne im Wald. Aber die Lehre war für mich nicht so toll, ich hatte «Lampe» mit meinem Lehrmeister.»

Also schaute er sich nach einer Alternative um und fand sie im Nachbardorf, bei der Firma Nüssli, einem internationalen Anbieter im Tribünen- und Bühnenbau. Meili stieg als Temporärkraft ein, ein Brotjob. Er dachte sich: «Na ja, Gerüste halt.» Bis er dann seinen künftigen Arbeitsplatz sah: eine temporäre Autobahnbrücke. Ein Foto von dieser Brücke hängt immer noch im Konferenzzimmer seines jetzigen Arbeitgebers Roth Gerüste in Frauenfeld. Ein beeindruckendes Bild. Meili erhielt einen festen Vertrag, absolvierte eine Weiterbildung im Polybau und brachte es bis zum Objektleiter. Seine erste «eigene» Baustelle als Bauarbeiter war ein ziemlich grosses Ding: die Formel E in Bern, mit einem bis zu 45köpfigen Team.

Seit sieben Jahren arbeitet er im Spezialgerüstbau und seit drei Jahren im Eventbereich: Sportanlässe, Konzerte usw. Dieser Bereich ist von der Corona-Pandemie besonders betroffen: «Im Eventbereich kommt gar nichts mehr», sagt Meili. Er selbst arbeitet noch zur Hälfte als Chefmonteur auf Baustellen, zur Hälfte als Bauarbeiter in der Arbeitsvorbereitung im Büro.

Seine Firma ist trotz dem Ausfall im Eventbereich bis jetzt gut durch die Coronakrise gekommen und hat nie Kurzarbeit anmelden müssen. Aber natürlich hat die Epidemie auch auf Grossbaustellen Auswirkungen. «Die grösste Schwierigkeit liegt darin, den Sicherheitsabstand von 1,5 Metern einzuhalten», sagt Meili. «Es ist absurd: Normalerweise sagen wir den Leuten, sie sollten im Team arbeiten. Jetzt lautet die

Botschaft genau umgekehrt.» Damit die Arbeiter auch bei der Anreise nicht zu viert oder zu fünft in einem Auto zusammengepfercht sind, hat seine Firma Fahrzeuge angemietet. Zudem mussten auf den Baustellen mehr Baracken aufgestellt werden. «Die Barackenzieferanten machen in diesem Jahr das Geschäft ihres Lebens», sagt Meili lachend.

Da er zu Hause nicht über die Software verfügt, die er für seinen Job braucht, war er auch während des Lockdowns meistens in der Firma in Frauenfeld – und hat sich über die leeren Strassen zwischen seinem Wohnort Thalwil ZH und Frauenfeld gefreut. «Das ist jetzt leider wieder vorbei.» Er denkt darüber nach, ob nicht auch er künftig regelmässig zu Hause arbeiten könnte. «Ich brauchte eigentlich nur einen guten Computer.» Aber zurzeit herrsche Investitionsstopp. Trotzdem: Das sind kleine Probleme. Schlimm sei es zurzeit vor allem für die vielen portugiesischen Kollegen. Diese müssten sich überlegen, ob sie das Risiko eingehen könnten, in den Ferien ihre Familien in der Heimat zu besuchen. «Ich verstehe gut, wenn sie nach Hause fahren wollen», sagt Meili. «Wir hoffen natürlich alle, dass Portugal nicht auf die rote Liste kommt.»

**SOZIALARBEITER.** Schon in normalen Zeiten ist nicht nur Meilis Fachwissen als Vorgesetzter gefragt, sondern auch seine Sozialkompetenz. «Ich bin zu 60 Prozent Sozialarbeiter», sagt er lachend. «Wenn die Leute wochenlang zusammen unterwegs und von ihren Familien getrennt sind, gibt es schon manchmal Konflikte», sagt er. Beispielsweise kann es vorkommen, dass zwei Arbeiter sich ein Doppelzimmer teilen müssen, die das Heu nicht auf der gleichen Bühne haben. «Und trotzdem müssen wir gemeinsam viele Tonnen Material verbauen. Da muss man die Leute erst mal motivieren.» Das musste er allerdings lernen.



«Früher war ich ein Hitzkopf und habe die Leute angebrüllt, weil ich dachte, sie verstanden mich sonst nicht. Mein Führungsstil hat sich gewandelt.» So habe er gelernt, klare Ziele zu setzen, die man auch erreichen könne.

**BERUFSTOLZ.** Allen Herausforderungen zum Trotz: Meili mag seinen Job. Früher hat es ihn besonders fasziniert, viel rumzukommen – einmal war er für die Art Basel sogar in Miami. Und trotzdem: Die Gerüstbauer stehen zuunterst in der Hierarchie der Bauberufe. «Man hat keinen Respekt vor uns. Wir hinterlassen die Baustelle aufgeräumt, ein paar Tage später sieht es aus,

als hätte eine Bombe eingeschlagen, und es wurde am Gerüst manipuliert.» So etwas regt Meili auf, da kommt der frühere Hitzkopf noch ein bisschen durch. «Ich habe in meinen Jahren auch erfahren, dass offenbar jeder schon mal im Gerüstbau war. Dadurch geht der Berufsstolz verloren.» Und der Berufsstolz ist Meili wichtig. Diese Botschaft bleut er auch den Lehrlingen ein: «Ihr müsst stolz sein – und immer ein einwandfreies Gerüst hinterlassen.» Weil der Beruf «nicht sexy» sei, sei es extrem schwierig, Nachwuchs zu finden. Dabei gibt es Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie berufsspezifische Kurse. Für Meili ist klar: «Ich will in der Branche bleiben.»



## OLIVER MEILI AUF DEN BRETTERN ZU HAUSE

Oliver Meili (\*1989) ist mit drei Geschwistern im Thurgau aufgewachsen und lebt heute mit seiner Freundin in Thalwil ZH. «Ich hatte eine sehr schöne Kindheit», sagt er.

**KITESURF.** Seit seiner Jugend verbringt er seine Freizeit am liebsten auf Brettern: Skateboard, Snowboard oder Kiteboard. Besonders Schneesportarten kann er gut mit seinem Job verbinden: «Im Sommer mache ich im Gerüstbau viele Arbeitsstunden. Ab Ende August kann ich dann monatelang in die Berge gehen», sagt er.

**REISEN.** Früher sei er oft in Nachtschichten eingesetzt worden. «Mir kam das sehr entgegen, weil die Arbeit gerade im



## SCHNEE-FAN: Auf Tour am Schwarzhorn GR.

Sommer nachts viel angenehmer ist.» Dafür konnte er auch mal ein halbes Jahr reisen gehen – seine bevorzugten Reiseziele sind Irland und Dänemark, weil man dort gut Kitesurfen kann. Nachdem er oft im Ausland unterwegs gewesen ist, konzentriert er sich nun darauf, mit seiner Freundin auf Wanderungen die Schweiz zu erkunden. Oliver Meili verdient mit seinem 100-Prozent-Pensum monatlich 6300 Franken brutto.

## SCHWINDELFREI: Gerüstbauer Oliver Meili baut Gerüste bis auf 120 Meter.

**Sozialabbauer? Lohndumper?  
Jobvernichter? work nennt die Namen.  
Angriffig, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr. 36.– im Jahr  
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejosekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejosekuhn@workzeitung.ch); Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), [annesophiebinden@workzeitung.ch](mailto:annesophiebinden@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Jonas Komposch, [jonaskomposch@workzeitung.ch](mailto:jonaskomposch@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadinc@workzeitung.ch](mailto:patriciadinc@workzeitung.ch) **Mitarbeiter an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Astrid Tomczak, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Silvia Aeschbach, [silviaaeschbach@workzeitung.ch](mailto:silviaaeschbach@workzeitung.ch) **Korrektur** Urs Remund, [ursremund@workzeitung.ch](mailto:ursremund@workzeitung.ch) **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 83 058 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.